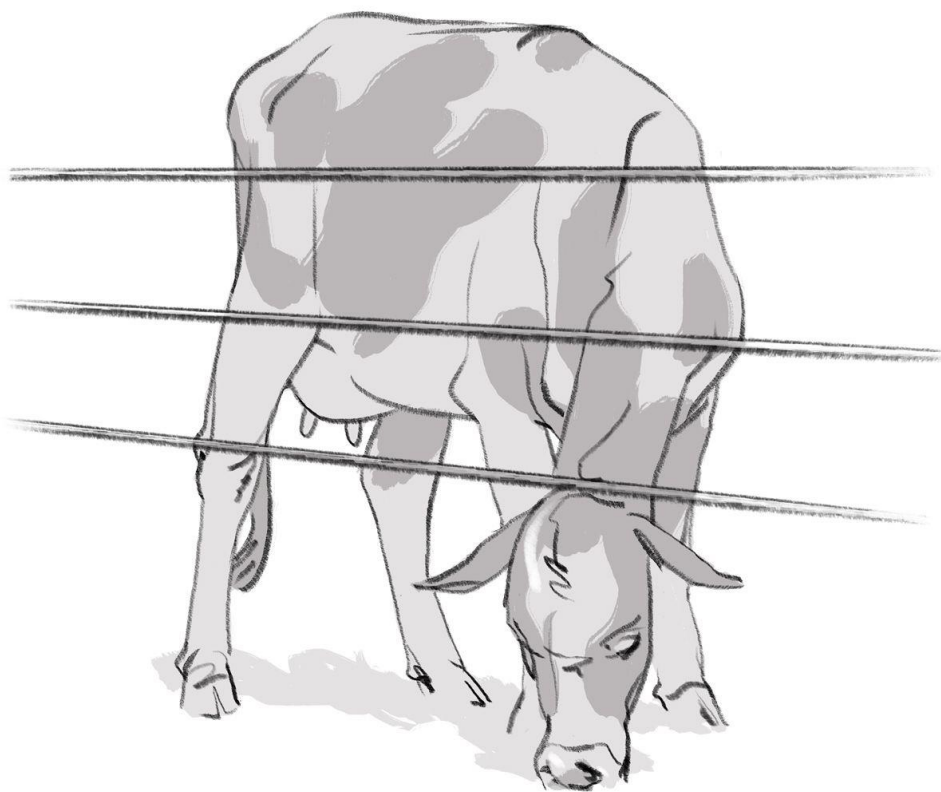




Referate der 19. Nutztiertagung

# Nutztierschutz zwischen Markt und Politik



Kongresszentrum Hotel Arte, Olten  
21. Juni 2018

Schweizer Tierschutz STS, Dornacherstrasse 101, Postfach, CH-4018 Basel  
Telefon 061 365 99 99, Telefax 061 365 99 90, [sts@tierschutz.com](mailto:sts@tierschutz.com), [www.tierschutz.com](http://www.tierschutz.com)

**Die Referentinnen und Referenten der 19. STS-Nutztiertagung  
„Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“  
21. Juni 2018 in Olten**

**Dr. sc. nat. Hans-Ulrich Huber**

Geschäftsführer Fachbereich des Schweizer Tierschutz STS, Basel  
**[hansuli.huber@tierschutz.com](mailto:hansuli.huber@tierschutz.com)**

**Dr. med. vet. Anita Idel**

Mediation & Projektmanagement Agrobiodiversität und Tiergesundheit, DE-Feldatal  
**[anita.idel@t-online.de](mailto:anita.idel@t-online.de)**

**Maya Graf**

Nationalrätin Grüne Basel-Landschaft und Co-Präsidentin der Fair-Food-Initiative  
**[maya.graf@parl.ch](mailto:maya.graf@parl.ch)**

**Bernhard Kammer**

Leiter Ökologie & Nachhaltigkeitslabel, Migros-Genossenschafts-Bund, Zürich  
**[bernhard.kammer@mgb.ch](mailto:bernhard.kammer@mgb.ch)**

**Roland Frefel**

Leiter CM Frischprodukte, Coop, Basel  
**[Roland.Frefel@coop.ch](mailto:Roland.Frefel@coop.ch)**

**Patrick Camele**

CEO SV Group, Dübendorf  
**[Patrick.Camele@sv-group.ch](mailto:Patrick.Camele@sv-group.ch)**

**Bernard Belk**

Vizedirektor Bundesamt für Landwirtschaft BLW, Bern  
**[bernard.belk@blw.admin.ch](mailto:bernard.belk@blw.admin.ch)**

**Hans Bieri**

Geschäftsführer Schweiz. Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL), Zürich  
**[hans.bieri@svil.ch](mailto:hans.bieri@svil.ch)**

**Christof Dietler**

Geschäftsführer Agrarallianz, Chur  
**[christof.dietler@pluswert.ch](mailto:christof.dietler@pluswert.ch)**

**Prof. Dr. Mathias Binswanger**

FH Nordwestschweiz Olten, Fachautor und Privatdozent an der Universität St. Gallen  
**[mathias.binswanger@fhnw.ch](mailto:mathias.binswanger@fhnw.ch)**

**Markus Ritter**

Nationalrat, Präsident Schweizer Bauernverband  
**[markus.ritter@parl.ch](mailto:markus.ritter@parl.ch)**

# Inhalt

Dr. sc. nat. Hans-Ulrich Huber <b>Einleitung</b>	1
Dr. med. vet. Anita Idel <b>Qualitativer Aussenschutz statt schrankenloser Freihandel</b>	4
Nationalrätin Maya Graf <b>Die Fair-Food Initiative stärkt das Tierwohl und die bäuerliche Landwirtschaft</b>	10
Bernhard Kammer <b>Engagement der Migros für mehr Tierwohl</b>	12
Roland Frefel <b>Tierwohl versus Konsumentenbedürfnisse</b>	14
Patrick Camele <b>Tierwohlfleisch in der Gastronomie am Beispiel von SV Schweiz</b>	15
Bernard Belk <b>Mit der Agrarpolitik gesunde Nutztiere fördern</b>	18
Hans Bieri <b>Die wachsende Versorgung des City-State Schweiz im Konflikt mit Umwelt, Tier und Konsument</b>	20
Christof Dietler <b>Mehr Tierwohl mit weniger Grenzschutz?</b>	28
Prof. Dr. Mathias Binswanger <b>Warum verlangt Freihandel stets Bauernopfer?</b>	30
Nationalrat Markus Ritter <b>Mehr Tierwohl in der Landwirtschaft – wer hat's in der Hand?</b>	32

Dr. sc. nat. Hans-Ulrich Huber  
Geschäftsführer Fachbereich  
**SCHWEIZER TIERSCHUTZ STS**  
Geschäftsstelle  
Dornacherstrasse 101/Postfach  
CH - 4018 Basel

Tel. 0041-(0)61-365 99 99  
Fax 0041-(0)61-365 99 90  
[sts@tierschutz.com](mailto:sts@tierschutz.com)  
[www.tierschutz.com](http://www.tierschutz.com)

# Nutztierschutz zwischen Markt und Politik

Einleitung von Dr. sc. nat. Hans-Ulrich Huber, Geschäftsführer Fachbereich Schweizer Tierschutz STS, anlässlich der 19. STS-Nutztiertagung „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

Der vor einem Vierteljahrhundert erfolgte Systemwechsel von damals staatlich gestützten Produzentenpreisen hin zu Marktpreisen kombiniert mit Direktzahlungen, hat zweifellos beim Umwelt- und Tierschutz zum Umdenken, Umsteuern und zu Verbesserungen geführt. Die Schweiz kann stolz sein auf diese Entwicklung. Auch wenn es noch viel zu tun gibt - gerade beim Tierschutz. Mein spezieller Dank geht deshalb an die Bäuerinnen und Bauern, die den Tierschutz und eine gute Mensch-Tierbeziehung tag-täglich leben. Aber auch an jene Konsumentinnen und Konsumenten, die beim Einkaufen auf die teureren Schweizer Labelprodukte setzen. Und mein Dank geht auch an jene Detaillisten und Gastronomen, die nicht nur Fleisch, Eier oder Käse verkaufen wollen sondern bemüht sind, auf tierfreundliche Herkünfte zu setzen.

Der Systemwechsel hielt allerdings das Bauernhofsterben nicht auf. Zwischen 2000 und 2016 gingen rund 30% der Höfe ein. Immer mehr Bauern müssen mittlerweile einem Nebenerwerb nachgehen, was eine stärkere Belastung darstellt und mit Blick auf Tierpflege, -beobachtung und die Mensch-Tierbeziehung nicht optimal ist. Wohl stiegen die Eier-, Milch- und die Geflügelfleischerzeugung in diesem Zeitraum an. Dies, weil die Wohnbevölkerung um 1 Million, knapp 15 %, wuchs. Trotz der Nachfrage-steigerung verharrten die Produzentenpreise entgegen der ökonomischen Theorie mehr oder weniger an Ort resp. sanken sogar (Milch).

Der Strukturwandel hin zu immer weniger, dafür immer grösseren Betrieben akzentuierte sich gerade bei den Nutztieren. Existierten 2012 erst 25 Legehennenställe mit über 12'000 Tieren, waren es 2016 schon 40. 2016 zählte man bereits 90 Milchviehbetriebe mit über 100 Kühen in der Schweiz, während es sechs Jahre zuvor erst 35 waren. Mit Sorge stellt der Tierschutz fest, dass die RAUS-Beteiligung bei diesen Herdengrössen rückläufig und oft zugunsten der ganz-jährigen Stallhaltung aufgegeben wird.

Der oft prekären Preis- und Einkommenssituation versuchen viele Landwirte mit der Strategie der Mehrproduktion zu begegnen. Sie dehnen im Betrieb den Tierbestand aus und steigern via Fütterung und Tierzucht das Leistungsvermögen der Nutztiere. Diese ökonomische Anpassungsstrategie an die weltweite Preisdrückerei zur Billig-Lebensmittelproduktion führt aber in ein Dilemma:

1. Das Wohl und die Gesundheit der Nutztiere zu gewährleisten, wird mit steigenden Leistungen und wachsenden Herdengrössen immer schwieriger.
2. Ein Teil der Bevölkerung sieht in den erzwungenen Hochleistungen und den grossen Ställen einen Trend zur Massentierhaltung, wie sie im Ausland betrieben wird. Als Konsequenz dieser als negativ empfundenen Entwicklung, könnten Absatz von Schweizer Lebensmitteln und das Direktzahlungssystem unter Druck kommen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der STS folgende Ziele:

- Eine artgemässe Haltung auf der Stufe RAUS (Milch), resp. Kombination RAUS und BTS (Fleisch, Eier) in einer bäuerlich geprägten Tierhaltung.
- Ein schonender Umgang mit Nutztieren bei Eingriffen sowie auf Transporten und im Schlachthof.

- Wir setzen uns für eine vielfältige gesunde Ernährung ein mit einem moderaten Konsum von Eiern, Milch und Fleisch.
- Produzentenpreise sollen so ausgestaltet werden, dass Bauern, die eine gute Tierhaltung betreiben, davon leben können, ohne Massentierhaltung, sondern mit einer guten Tierpflege- und -beobachtung und einem engen Mensch-Tier-Verhältnis.
- Das, was ökologisch und tierschützerisch sinnvoll hier erzeugt werden kann, soll nicht ins Ausland verlagert werden. Mit über 50kg Fleischkonsum/Kopf essen wir mehr als nötig viel Fleisch, sodass es keine Konsum-Ankurbelung durch Billigimporte braucht! An Importe stellen wir hinsichtlich Tierwohl und Konsumentenschutz dieselben Ansprüche. Wir setzen dabei in erster Linie auf den Markt.

Der STS hält am Ziel einer produktiven, flächendeckend ökologischen und tier-freundlichen CH-Erzeugung fest. Aber wir finden uns nicht mit dem riesigen Reservoir an abgehängten und abgeschriebenen Konsumenten ab, die gemäss heutiger Lesart nur auf Billigimporte warten.

Vielmehr sind Information und Sensibilisierung über den Zusammenhang von Einkaufsverhalten und Produktionsbedingungen in Feld und Stall wiederzubeleben. Jeder Konsument steht bezüglich Ökologie und Tierwohl in der Verantwortung. Es gilt, den laufend sinkenden Informationsstand der Bevölkerung aufzubessern und parallel dazu, Nachfrage und Preisakzeptanz für ökologische und tierfreundliche CH-Lebensmittel zu verbessern. Für jene unter den preisaffinen Konsumenten, die nicht mit einem mittleren/hohen Einkommen gesegnet sind, zeigt man Wege auf, wie man trotz den etwas teureren ökologischen und tierfreundlichen Lebensmitteln das Haushaltsbudget nicht wesentlich stärker belasten muss.

Ökologie, Tierwohl und „faire“ Preise sind für den Handel Profilierungsinstrumente. Im Gegensatz zu den CH-Bauern, die hohe Standards erfüllen müssen, darf der Handel aber auch Tierqual-Produkte feilbieten. Das zwar lächerliche aber tödliche Argument der „Wahlfreiheit“ wird hierzu vorgeschoben. Weder wird beim Lebensmittelhandel auf ein Commitment zu Ökologie/Fairness/Tierwohl gedrungen, noch stehen deren entsprechende Leistungen auch nur ansatzweise in der medialen Aufmerksamkeit.

Ob Importe, konventionelle Inland-Herkünfte oder Produkte aus tierfreundlicher Haltung: Die Werbung versucht allen ein Tierschutzmäntelchen überzuziehen und zu suggerieren, man dürfe das alles mit gutem Gewissen konsumieren. Darüber hinaus werden oftmals Bilder vermittelt, die mit der Realität nichts zu tun haben. Statt einen modernen Stall und einige tausend Hühner auf der Weide davor abzulichten, zeigt man lieber ein kleines Hühnerhaus mit zwei Hennen auf der Stange und einem niedlichen Kind davor. Offenbar glauben die PR-Leute, den Konsumenten sei die Realität nicht zuzumuten und deshalb müsse man tricksen. Das ist natürlich dumm und kurzsichtig. Denn wenn dann im Fernsehen einmal die Realität gezeigt wird, fallen viele durch die Werbung irregeleitete Konsumenten aus allen Wolken. Und was noch schlimmer ist, man schafft so infantile Ansprüche der Gesellschaft an die Bauern; eine Art Bambiwelt, die unmöglich zu realisieren ist.

Alle reden vom preisfixierten Gastrokanal, aber wirkungsvolle und koordinierte Massnahmen dagegen gibt es nicht. Obwohl es ein ganz Grosser der Branche vorzeigt, wie es auch gehen könnte: SV Group, mit der WWF und STS zusammenarbeiten. SV Group war es möglich, durch Bündelung des Einkaufes und entsprechend hohen Nachfragemengen den Preisanstieg für tierfreundliche Produkte gering zu halten.

Die Produzentenpreise in der CH spielen –wenn man sich ehrlich macht- für die hierzulande viel höheren Lebensmittelpreise im Laden kaum eine Rolle. Nichtsdestotrotz reiten selbst seriöse

Wirtschaftsmedien und natürlich alle im Handel und diejenigen, die sonst mit den Bauern eine Rechnung offen haben, permanent auf den hohen CH-Produzentenpreisen herum. Einerseits drängt das unsere Bauern Richtung Agrar- und Tierfabriken, denn dort kann man billig produzieren, andererseits lenkt das vom Handlungsbedarf bei den nachgelagerten Branchen ab (z.B. Margen, Sortimentsumfang/Produkteauswahl, Konsumenteninformation). Hier gilt es, für mehr Transparenz sorgen.

Zum Schluss noch ein Wort zu Vegetarismus und Veganismus. Diese v.a. von jungen Menschen konsequent gelebte Ernährungsweise nötigt grossen Respekt ab. Bauern und Lebensmittelbranche sollten sich indessen nicht täuschen lassen durch deren geringen Bevölkerungsanteil von je nach Umfrage 5-10%. Denn infolge der Gruppendynamik können sich radikale moralische Ansichten durchaus breit durchsetzen. Ein erheblicher Teil der Schweizer Landwirtschaft könnte dadurch bis ins Mark getroffen werden. Denn gerade kleine und mittlere Betriebe und das Berggebiet sind stark auf die Tierhaltung angewiesen. Für sie gibt es oft kaum attraktive Alternativen im pflanzlichen Bereich.

Auch dieser Zusammenhang legt der Branche nahe, in Zukunft Sorge zur Tierhaltung zu tragen und die gesellschaftlichen Konsequenzen von Tierwohlproblemen in Bezug auf die Haltung, Fütterung Zucht und die Herdengrösse inskünftig besser zu bedenken. Eine wichtige Zukunftsaufgabe wird zudem sein, für kleine und mittlere Betriebe den Pflanzenbau attraktiver zu machen.

# Qualitativer Aussenschutz statt schrankenloser Freihandel – für Mensch, Tier und Umwelt

Referat von Dr. med. vet. Anita Idel, Mediation & Projektmanagement Agrobiodiversität und Tiergesundheit, anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

Einleitend sei gesagt, dass der Anspruch auf einen qualitativen Aussenschutz jeder Region / jedem Land zustehen muss und die Schweiz somit nur ein Beispiel ist. Es geht ausdrücklich nicht um etwas Exklusives für einzelne Länder, die über mehr politische bzw. wirtschaftliche Macht verfügen. Derweil liegt der Anteil europäischer Hersteller am Milchmarkt in Burkina Faso inzwischen bei fast 90 Prozent.

Auch in der Öffentlichkeit wird neben den sozialen Problemen und denen des Tierschutzes immer wahrnehmbarer

- der Verlust von Lebensräumen mit blühenden Weiden und Hecken, Bienen und Insekten;
- der Verlust von Basisressourcen: von biologischer Vielfalt, von (auch fossilen) Grundwässern und von Bodenfruchtbarkeit;
- der globale Anstieg der Temperaturen mit Zunahme extremer Wetterereignisse;
- die Zunahme von Resistenzen bei Antibiotika – gefolgt von Antiparasitika, Insektiziden, Herbiziden, Pestiziden und Desinfektionsmitteln;
- die Belastung von Gewässern und Böden mit ökologisch und gesundheitlich problematischen Rückständen.

**All das ist kein Zufall.** Es handelt sich auch nicht um Kollateralschäden einer ansonsten verantwortbaren Entwicklung, sondern um das System selbst: **ein krankes Agrar- und Ernährungssystem** – zunehmend chronisch und partiell immer auch akut krank.

Seit den 1970er Jahren sind diese Entwicklungen zwangsläufige Folge eines Ziels: Die Spitzen der Agrarindustrie sowie Agrarökonominnen und Agrarpolitiker wollten das System der sogenannten **komparativen Kostenvorteile** auch auf die Landwirtschaft angewendet wissen. Danach sollen sich Betriebe spezialisieren und jedes Produkt soll dort produziert werden, wo das am billigsten ist.

**Aber billig ist nur scheinbar billig.** Die zwangsläufigen Folgekosten werden externalisiert. Das gilt für den Tierschutz, den Naturschutz, den Umweltschutz ebenso wie für die sozialen Bedingungen der Menschen auf den Betrieben. Das bedeutet für Bäuerinnen und Bauern weltweit: Sie werden immer abhängiger von der Chemischen-, der Agrar- und der Lebensmittelindustrie, die ihrerseits durch horizontale und vertikale Integration immer mächtiger wird – aktuell durch die Fusionen von Bayer/Monsanto, Syngenta/Chemchina sowie DuPont/Dow Chemical. Auch in der Landwirtschaft profitieren grosse Betriebe, die die economies of scale nutzen können.

Laut EU-Kommission werden staatliche Subventionen gezielt dazu genutzt, die Betriebe "wettbewerbsfähig" für den Weltmarkt zu machen. In diesem Sinne heissen Überschüsse nun Exportprodukte. Jährlich stehen 55 Milliarden Euro an Direktzahlungen für die EU-Landwirtschaft zur Verfügung. Laut Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erhalten die 80 Prozent der Betriebe mit dem geringsten Einkommen nur 25 Prozent der Direktzahlungen, die zehn Prozent mit dem höchsten Einkommen dagegen 55 Prozent. Gleichzeitig steigen die betriebswirtschaftlichen Risiken. EU-weit sind fast 20 Prozent der Bauernhöfe im Zeitraum von 2003 bis 2010 verloren gegangen. Generell und insbesondere im Bereich der Milch produzierenden Betriebe verschärft sich inzwischen diese Tendenz.

## **Angesichts der desaströsen Folgen ist „Weiter wie bisher“ keine Option**

Politischen Rahmenbedingungen für Globalisierung, Spekulation und Fremdkapital bedingen eine Zunahme der Risiken. Das gilt auch für die immer grössere Spezialisierung der Betriebe, die zu Beständen mit Zehntausenden Rindern, Hunderttausenden Schweinen und Millionen Hühnern führt. Aber nicht nur die Zahl der Lebensmittel liefernden Tiere nimmt weltweit weiter dramatisch zu, sondern gleichzeitig die Intensität für jedes einzelne Tier durch Zucht, Haltung und Futter.

In der Folge verbrauchen Landwirtschaft und unser Konsum Ressourcen in einem Ausmass, das nicht nachhaltig ist und nicht nachhaltig sein kann. Gleichzeitig bedeutet der anonyme Markt für die Betriebe sowohl mangelnde Wertschöpfung – viele müssen aufgeben – als auch geringe Wertschätzung. Auf Dauer kann somit nicht nur die Landwirtschaft so weitermachen wie bisher: **Wir alle müssen das Kurzfristdenken verlassen und Umdenken.**

Statt sich weiter gegeneinander ausspielen zu lassen, erfordert das Ernährungssystem eine Kreislaufwirtschaft von Nährstoffen, die auf regionalen, naturräumlichen Zusammenhängen basiert. **Ganz im Sinn der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) erfordert das von der Politik, die ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen für**

- **die Entwicklung und Umsetzung sozialer, ökologischer sowie an Tierwohl und Gesundheit orientierter Nachhaltigkeitskriterien für die regionale Produktion**
- **die Abkehr von der die Ressourcen überfordernden Exportorientierung**
- **den Aufbau eines qualitativen Aussenschutzes.**

Auch das Fazit des ersten UN-Weltagrarrberichts (McIntire 2009) lautet „weiter wie bisher ist keine Option“. Statt mit Pestiziden, Medikamenten und synthetischem Stickstoffdünger weiter das kranke Agrarsystem zu stützen, benötigen Tier, Mensch und Umwelt eine (Agrar-)Politik, die durch Forschung, Ausbildung und finanzielle Förderung die Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung schafft. Ebenfalls 2009 belegte eine Studie (Rockstroem) das Ausmass der bereits überreizten neun planetaren Grenzen – allen voran der Klimawandel und der Verlust der Biologischen Vielfalt, gefolgt von der Überlastung der Biosphäre durch Stickstoff und Phosphor sowie Landnutzungsänderungen durch Bodenversiegelung, Waldabholzung und Graslandumbruch.

### **Der Wahnsinn hat Methode**

Aber auch über 45 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome 1972) und über ein Vierteljahrhundert nach Rio (1992) wirkt die *Maxime Wachstum* weiter zerstörerisch auf Mensch, Tier und Landschaft. Hunger und Mangelernährung sind Folge der Ressourcen verbrauchenden, verschmutzenden und zerstörenden Produktionsbedingungen, derweil immer mehr produziert wird. Aber das ist – auch angesichts der Vernichtung und Verschwendung von Lebensmitteln – nur ein scheinbarer Widerspruch. Denn benötigt wird nicht ein Mehr an Nahrung oder Kalorien. Erforderlich sind gesunde Lebensmittel, von deren Produktion die Bauern leben können. Das Drama der Entwicklung der letzten Jahrzehnte wird angesichts der Tatsache offenkundig, dass weltweit der Grossteil der Hungernden zu den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zählt.

Ob WTO oder bilaterale sogenannte Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA: Global gesehen engagieren sich Bauern und oppositionelle Bauernorganisationen an der Spitze der globalisierungskritischen und freihandelskritischen Bewegung. Seit 2017 wird CETA vorläufig angewandt. 2018 stehen Abkommen mit Mercosur und Australien/Neuseeland im Vordergrund. Mit Mercosur bekommen Freihandelsabkommen insbesondere für die Tiere haltenden und somit – auch – Fleisch produzierenden Betriebe in der EU eine neue Qualität. Noch nie seit dem Hormonverbot für die Tiermast vom 20. Dezember 1985 war die Gefahr sinkender Standards zulasten der europäischen Betriebe so gross wie jetzt. Zwar gibt es für Drittländer neben der Quote für hormonfrei erzeugtes Rindfleisch von der Weide seit Oktober 2014 bereits eine er-



weiterte Quote für hormonfrei erzeugtes Rindfleisch aus Intensivmast. Aber mit Mercosur geht es vorrangig darum, den Export von Autos etc. zu befördern und dafür zum Ausgleich von Handelsbilanzdefiziten Abstriche bei den Standards von Agrarimporten zu machen.

### **Wider die Geschichtsvergessenheit (1)**

#### **– der Weg zur Exportorientierung tierischer Produkte**

Seit den 1970er Jahren wurden Agrar-Forschung, -Ausbildung und -Förderung zunehmend auf das zentrale Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ausgerichtet: Diese sollte ab der Wende zum 21. Jahrhundert nicht mehr nur (Land-)Technik exportieren, sondern auf dem Weltmarkt auch mit sogenannten veredelten, das heisst tierischen Produkten konkurrieren. Dafür sollten vorrangig die Böden (Süd-)Amerikas als Produktionsfläche von Futtermitteln für die EWG dienen. Insbesondere mit dem Blairhouse-Abkommen zeigte sich das entsprechende Interesse der Futtermittel produzierenden Konzerne und Länder an diesem Deal: Das Abkommen verpflichtete die EWG darauf, den eigenen Anbau proteinreicher Ölsaaten wie der Leguminose Soja extrem zu begrenzen. (Idel, Reichert 2013) Heute stammen laut Welternährungsorganisation FAO über 70 Prozent der in der Landwirtschaft der EU verfütterten Proteine aus Importen: Ganz entgegen ihrer eigenen Verlautbarungen ernährt die EU mit dem Export ihrer gewollten Überschüsse nicht die Welt, sondern produziert diese auf Kosten anderer. In Wahrheit hängt die EU am Tropf.

Offiziell stand die Politik von EWG und BRD noch bis in die 1980er Jahre vorrangig unter dem Motto, den Selbstversorgungsgrad mit tierischen Produkten erhöhen zu wollen. Damals wie heute wird meistens nicht wahrgenommen, dass das Erreichen völliger Selbstversorgung für Politik und Industrie eben nur ein Meilenstein auf dem Weg zum Weltmarkt war. Mit ihren Massnahmen zielten sie auf die dazu notwendigen Überschüsse: mehr Milch, mehr Fleisch, mehr Eier... Fälschlicherweise werden diese Überschüsse weiterhin häufig als Kollateralschäden wahrgenommen – ebenso wie die Folgen für Ökologie, Tierschutz und Sozioökonomie in der Landwirtschaft und in den weiterverarbeitenden handwerklichen Betrieben.

#### **Verdient wird dabei aber immer mehr *an* der Landwirtschaft als *in* der Landwirtschaft.**

Denn die Konzerne treiben die Industrialisierung entlang der gesamten Wertschöpfungskette – vom Acker bis zu Theke und Regal voran. Auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe stellt sich die Entscheidung als Wachsen **oder** Weichen dar. Aber das politische Konzept dahinter lautet Weichen **und** Wachsen: Die Zahl der Betriebe schrumpft dramatisch – zugunsten der Industrialisierung und immer grösserer Betriebe. So besitzt das Unternehmen Monfort of Colorado (in der Zwischenzeit Teil von [ConAgra Foods](#)) drei Feedlots mit einem Investitionsvolumen von 800 Mio. USD. Dort werden pro Jahr ca. 500 000 Bullen in drei bis vier Monaten schlachtreif gemästet. Grössenordnungen, mit denen man nicht nur nicht konkurrieren kann, sondern es aufgrund der damit zwangsläufig verbundenen Belastungen und Schäden auch nicht sollte.

Aber auch insgesamt nehmen betriebswirtschaftliche Risiken zu: Die Berliner Milcheinfuhr-Gesellschaft (B.M.G.) war der grösste Milchhändler in Deutschland. Völlig überraschend für alle anderen Marktbeteiligten meldete das Unternehmen am 09.03.2018 Insolvenz an und holt seit dem 13.03.2018 keine Milch mehr ab.

### **Wider die Geschichtsvergessenheit (2)**

#### **– Wachsen oder Weichen am Beispiel *Milchquote***

In keinem Bereich führte die staatlich gelenkte Politik des Wachsens oder Weichens so schnell zu den gewünschten Überschüssen. Dass Milchseen und Butterberge keine Zufälle waren und auch nicht überraschend kamen, zeigen die Kühlhäuser und Kühltransporter, die immer schon bereitstanden, **bevor** die *Über*-Mengen anfielen. Dennoch ging der Plan schneller auf, als gewollt, denn ein Weltmarkt, der die Überschüsse aufgenommen hätte, existierte noch nicht. Deshalb konnten die Produzenten ihre überschüssige Milch in die *Intervention* liefern: Sie wurde ihnen auf Kosten der Steuerzahlenden annähernd zu Marktpreisen abgekauft, ohne sie mit den Lagerkosten zu belasten.

Solange es noch nicht gelang, diese Über-Mengen am Weltmarkt erfolgreich abzusetzen, kam die Intervention die Länder bzw. die EU durch steigende Lager- und Energiekosten teuer zu stehen. Deshalb wurde Anfang der 1980er Jahre *Milchquote* eingeführt. Sie war nie als Lösung gedacht, sondern als temporäre Überbrückung – solange, bis sich der Weltmarkt für Milch weiterentwickelt hatte. Erhebliches Interesse an der Quote hatten auch die Molkereien: Denn das gewollte *Wachsen* der einen Betriebe zum Zweck der Kostensenkung war zwangsläufig verbunden mit dem *Weichen* anderer Betriebe, womit sich der Aufwand für die Abholung der Milch erheblich verringerte – ergänzt durch immer grössere Milchtanks, die immer längere Intervalle ermöglichten.

Wiederum war es dann kein Zufall, sondern Plan, dass die letztlich innerhalb der EU verteilte Milchquote deutlich über dem Eigenverbrauch lag. Angetreten angeblich, um Überschüsse zu begrenzen, sollte die Milchquote durch Überversorgung des Marktes nach innen wirken: Sie diene dem Strukturwandel durch *Wachsen oder Weichen*, da sie Grossbetriebe bevorzugte. Wer seinen Kuhbestand erhöht und Ställe neu- oder ausgebaut hatte, erhielt per Härtefallregelung höhere Quoten: Eine krasse Benachteiligung kleiner Betriebe, die Quotenkürzungen hinnehmen mussten. Viele von ihnen waren zum Aufgeben gezwungen.

Seit Einführung der Milchquote in der EWG wurde die weltweite Milchproduktion von 482 Millionen Tonnen auf rund 800 Millionen Tonnen erhöht. Die Länder mit der grössten Überschussproduktion sind Neuseeland, USA, Australien sowie – trotz Milchquote: Frankreich, Irland und Deutschland. Inzwischen wurde die in Deutschland erzeugte Milchmenge von 25,6 Millionen Liter (1985) über 28,6 (1995), 30,3 (2011), 30,6 (2014) auf ca. 32,8 (2016) gesteigert.<sup>1</sup>

Für die heutige Exportorientierung von tierischen Produkten importiert die EU 70 Prozent der verfütterten Proteine. Sie ernährt nicht die Welt, wie häufig proklamiert wird, sondern hängt am Tropf Südamerikas. In der Folge flutet Gülle die Böden in Europa, während die Nährstoffe den Böden in Ländern wie Argentinien und Brasilien fehlen.

### **Wir brauchen eine Agrar(r)evolution!**

Ob Forschung oder Beratung - Wissenschaft und Politik agieren überwiegend im *Reparaturmodus*- für angebliches *Wachstum*, das uns letztlich schrumpfen lässt. So sind Pestizide und Antibiotika beide tragende Säulen des kranken Agrarsystems. Wir gehen immer mehr ins Risiko, denn wir sind Weltmeister in der Schadensbegrenzung. Wir beschäftigen Tausende Wissenschaftler und geben Millionen in Forschung und Praxis aus – und verlangsamen doch bestenfalls nur die Schadensentwicklung, statt wirklich nachhaltige Ansätze zu entwickeln bzw. zu fördern. In der Natur geht es immer um Kreisläufe, also müssen Wissenschaft und Politik in Systemen denken und handeln. Wer nur Teile berücksichtigt oder Fragen bearbeitet, die die Realität nicht angemessen abbilden, zieht zwangsläufig häufig falsche Schlüsse. Warum zum Beispiel kommen fast alle Studien zu dem Schluss, Kühe seien schlechte Futterverwerter? Nicht weil die Studien gefälscht wären, sondern weil ihr Ansatz, das Studiendesign, nicht angemessen ist. Gemessen wird nicht, was die Kuh besonders gut kann, nämlich Gras verdauen, sondern wie effizient sie mit Intensivfutter wie Getreide, Mais, Soja Milch und Fleisch bildet. Aber dass Allesfresser wie Schwein und Huhn – und auch der Mensch – das natürlich viel besser können, ist bereits bekannt, bevor solche Studien durchgeführt werden.

---

<sup>1</sup> Die *durchschnittliche* Milchleistung pro Tier und Jahr wurde in Deutschland seit Ende der 1960er Jahre mit 3.500 Litern bis 2014 mit über 8.000 Litern züchterisch mehr als verdoppelt. Gleichzeitig schrumpfte die Politik des *Wachsens oder Weichens* die Zahl der Betriebe und Kühe: In Deutschland melken von 370.000 Betrieben im Jahr 1984 heute nur noch gut 75.000 Milchviehbetriebe. Während die Gesamtzahl der Milchkühe von 5,2 Millionen (1995) auf 4,3 Millionen (2014) sank, stieg sie pro Betrieb erheblich. Und wiederum war es der Plan, dass vom Ende der Milchquote am 1. April 2015 weiterhin die Wachstumsbetriebe profitieren sollten (Jürgens 2016). Aber obwohl sie die meisten Subventionen erhalten, bedrohen die geringen Auszahlungspreise für die Milch auch ihre Existenz.

**Der Trend lautet hingegen weiterhin Intensivierung.** Beispiel Nordrhein-Westfalen (NRW): Innerhalb von 20 Jahren wurde der Bestand an „Milch“-Kühen dort mehr als halbiert, aber gleichzeitig stieg die ermolzene Milchmenge an.<sup>1</sup> Das heisst, abgeschafft wurden Weidetiere, die wesentlich vom Gras und deshalb viel weniger in Nahrungskonkurrenz zum Menschen leben. Hingegen wurden die Lebensbedingungen der verbleibenden Hochleistungskühe umso intensiver: Krankheitsanfälligkeit sowie die als *Berufskrankheit* bezeichneten Euterentzündungen sind der Preis, den einseitig auf Hochleistung selektierte Kühe zahlen. Hinzu kommt ein massiver Antibiotikaeinsatz. Untrennbar damit verbunden klafft die Schere zwischen Milchhöchstleistung und Fleischansatzvermögen, so dass männliche Kälber an Wert verlieren und tendenziell vernachlässigt werden.<sup>2</sup>

**Ähnlich beim Klima. Was wird mit berechnet – und was nicht.** Im Gegensatz zu Klimastudien in der Industrie ist es unwissenschaftlich, die Bewertung der Landwirtschaft auf die vergleichende Messung von Emissionen zu beschränken. Denn hier geht es ja nicht nur um die Freisetzung von Klimagasen, sondern auch um das Potenzial, CO<sub>2</sub> durch Bodenbildung zu binden.

Aber warum kommen fast alle Studien zu dem Schluss, Rinder seien *Klima-Killer*? Die Hauptmenge des Methans entsteht im Pansen der Rinder bei der Verdauung von Gras. Ist das Forschungsziel darauf beschränkt, Methanemissionen pro Liter Milch oder pro Kilogramm Fleisch zu reduzieren, lautet die Schlussfolgerung zwangsläufig: Runter von der Weide und intensiv füttern. Entscheidend sind aber die gesamten Klimateffekte der jeweiligen Rinderhaltung und Fütterung. Genau wie bei unterschiedlichen Ernährungsstilen von Menschen müssen deshalb Energie- und ressourcenintensiv gehaltene Rinder mit nachhaltig gehaltenen verglichen werden.

**Dann hat genau diejenige grasende Kuh gewonnen,** die bei nachhaltigem Beweidungsmanagement von der Zucht her zum Futterangebot passt. Denn erstens belastet der intensive Anbau von Importsoja, Mais und Getreide die Atmosphäre durch Bodenverlust und Dünger. Importfuttermittel belasten die Herkunftsländer und entziehen ihnen gleichzeitig wichtige Nährstoffe. Infolge der Nährstoffüberschüsse durch die dann hier produzierten tierischen Produkte stellen wir dann so absurde Fragen wie: „Wie viel Gülle kann der Boden schlucken?“ Statt: „Was brauchen Bodenfruchtbarkeit und biologische Vielfalt für eine Bewirtschaftung, um auf Dauer erhalten zu bleiben?“ Zudem entsteht beim Einsatz von synthetischem Stickstoffdünger Lachgas, welches mehr als 300mal klimarelevanter ist als CO<sub>2</sub> und den grössten Beitrag der Landwirtschaft zum Klimawandel verursacht. Und zweitens gehört zum agrarwissenschaftlichen Kreislaufdenken auch das Potenzial zur Entlastung der Atmosphäre. Dann wird schnell klar:

**Der wahre Klimakiller ist immer Mensch.**

Je mehr industrialisiert wird, desto intensiver wird ein System gefördert, das von Monokulturen dominiert wird. Aber je weniger Arten in einem Lebensraum angesiedelt sind, desto instabiler und anfälliger wird er zum Beispiel für negative Einflüsse wie Trockenheit oder Organismen, die schädigend wirken können. Auch die Produktivität der Flächen sinkt.

Über Jahrzehnte konnten die Effekte von Herbiziden einschliesslich Totalherbiziden auf Insekten im Ackerbau durch den Lebensraum Dauergrasland teilweise kompensiert werden. Aber durch die Zunahme der Intensivierung bei der Mahd (durch das gleichzeitige Mähen zusam-

---

<sup>1</sup> Wilstacke, Ludger (2011): Tierhaltung im Spannungsfeld verschiedener Interessen. Landwirtschaftstagung Ev. Akad. Villigst, LWK NRW, FH Südwestfalen, Natur- und Umweltschutz-Akademie, Zentrum für ländliche Entwicklung, 30.11. – 01.12.2011 in Schwerte.

<sup>2</sup> Busse, Tanja (2015): Die Wegwerfkühe, Blessing.

menhängender Flächen) und bei der Beweidung kann das Insektensterben nicht mehr vergleichbar gebremst werden.

Beispiel Biene, weil sie so bekannt ist unter den bedrohten heimischen Arten. In Deutschland leben 569 Bienenarten. Nur eine davon ist die Honigbiene. Die 568 anderen Arten sind Wildbienen. Diese bestäuben mehr als 50 Prozent der Kultur- und Wildpflanzen, aber 60 Prozent von ihnen sind bereits im Bestand bedroht. – Eine Gefährdung für die Ernährung. Hier liegt eine grosse Chance für nachhaltige Graslandnutzung.

Der dauerhafte Schutz biologischer und sozialer Ressourcen erfordert Transparenz auf allen Ebenen. Dazu zählt eine nachvollziehbare Kennzeichnung der Herkunft – der Produktionsqualität. In diesem Rahmen gehört die Werbung auf den Prüfstand. Darüber hinaus ist ein an den Standards für die inländische Produktion orientierter qualitativer Aussenschutz unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Agrar(r)evolution, damit an Tierschutz und Nachhaltigkeit orientierte Betriebe nicht nur nicht auf der Strecke bleiben, sondern sich endlich angemessen entwickeln können.

#### Literatur

- Idel, A. and T. Reichert (2013): Livestock production: a climate change and food security hot spot.
- Livestock production and food security in a context of climate-change and environmental and health challenges. In: Wake up before it is too late. Transforming Agriculture to cope with climate change and assure food security. UNCTAD Trade and Environment Review 2013, Hoffmann, U. (Ed.) Geneva.
- <http://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=666>.

# Die Fair-Food Initiative stärkt das Tierwohl und die bäuerliche Landwirtschaft

Referat von Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL und Co-Präsidentin der Fair-Food Initiative, anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

Für die meisten Bäuerinnen und Bauern ist eine artgerechte Tierhaltung selbstverständlich. Trotz hoher Tierschutzanforderungen in der Schweiz landen aber durch Importe Fleisch und Eier aus Massentierhaltung oder aus tierquälerischer Produktion in den Verkaufsregalen.

In den meisten Ländern, aus denen die Schweiz Fleisch importiert, haben sich riesige Tierfabriken etabliert. Der grösste Geflügelschlachthof Europas steht beispielsweise in Deutschland. Die gesetzlichen Regelungen lassen industrielle Mastbetriebe zu, in denen zehntausende Tiere in zu engen Gattern und Käfigen gehalten werden. Nach der Mast werden sie häufig quer durch Europa transportiert, um in grossen Schlachtzentralen möglichst günstig geschlachtet zu werden. Für die Tiere bedeutet dies grosses Leid. Diese Art der Tierhaltung können wir nicht akzeptieren.

Die Mehrheit des Parlaments unternimmt aber nichts dagegen. So lehnte es kürzlich den Vorstoss von Matthias Aebischer ab, der ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Produkte verlangt hatte. Die Fair-Food-Initiative bietet jetzt die Chance, Bundesrat und Parlament dazu zu bringen, mehr für das Wohl der Tiere zu unternehmen.

## Die Fair-Food Initiative steht für Qualität und Fairness

Die Initiative verlangt vom Bund, das Lebensmittelangebot aus Inlandproduktion und Import zu stärken, das von guter Qualität und sicher ist und unter anständigen sozialen Bedingungen, ökologisch und tierfreundlich produziert wird. Im Bereich des Handels sollen faire Handelsbeziehungen und die Nachhaltigkeit gefördert und dem ständigen Abbau von Standards durch Sozial- und Oekodumping entgegen gewirkt werden. Dies ist umso nötiger, treibt der Bundesrat doch seine Freihandelspolitik wie aktuell mit den Mercosur-Staaten auf Kosten der bäuerlichen Schweizer Landwirtschaft und des Tierwohls voran. Die Fair-Food Initiative zeigt den dritten Weg zwischen schrankenlosem Freihandel und Abschottung auf und fordert faire Spielregeln für alle.

Im Absatz 4 des Initiativtextes gibt sie dem Bund insbesondere die folgenden Befugnisse und Aufgaben, die helfen, auch bei importierten Lebensmitteln den Tierschutz zu verbessern:

**1) Vorschriften zur Zulassung von Lebens- und Futtermitteln und zur Deklaration von deren Produktions- und Verarbeitungsweise:** Bei unhaltbaren Zuständen muss die Zulassung von Lebensmitteln unterbunden werden, wie dies die gescheiterte Motion Aebischer verlangt hat. Bei Annahme der Initiative muss der Bundesrat zudem die Deklaration der Produktions- und Verarbeitungsweise bei Lebens- und Futtermitteln einführen. Insbesondere bei importierten Fertigmenüs versteckt sich häufig Fleisch aus zweifelhaften Quellen, weil die Art und Weise der Produktion nicht deklariert werden muss. Das Parlament hatte anlässlich der letzten Revision des Lebensmittelgesetzes knapp gegen solche schärferen Deklarationsvorschriften gestimmt.

## 2) Vergabe von Zollkontingenten regeln und Einfuhrzölle abstufen

Der Bund kann die Vergabe von Zollkontingenten mit Nachhaltigkeitskriterien, darunter auch das Tierwohl, verknüpfen: Heute werden Einfuhrkontingente allein nach dem Kriterium des Preises vergeben. Die Zollkontingente könnten künftig bevorzugt für Agrarprodukte und

Lebensmittel vergeben werden, die nachhaltig und mit Respekt gegenüber dem Tier produziert werden.

### **3) Verbindliche Zielvereinbarungen mit der Lebensmittelbranche**

Die Grossverteiler machen bereits heute Versprechen für mehr Tierwohl bei ihrem Lebensmittelangebot. Zielvereinbarungen machen solche Versprechen verbindlich, lassen den Unternehmen der Lebensmittelbranche gleichzeitig aber Spielraum bei der Umsetzung der Ziele.

Der Fair-Food-Initiative geht es um die Qualität der Lebensmittel und den Respekt gegenüber Tier, Mensch und Umwelt – national und international! Bei der Herstellung von Lebensmitteln ist das Tierwohl zu achten, sind gerechte Arbeitsbedingungen in der Land- und Ernährungswirtschaft sicherzustellen und die Vielfalt der Natur und die Umwelt zu schützen. Diese Anliegen haben grosse Aktualität und bewegen die Menschen. Das zeigen die Debatten rund um die Pestizide, die Massentierhaltung oder das erwähnte Importverbot für tierquälerisch erzeugte Produkte.

Die Initiative kommt zum richtigen Zeitpunkt. Die Fair-Food Initiative stärkt das Tierwohl und die bäuerliche Landwirtschaft. Sie setzt einen Meilenstein für einen gerechteren und umweltfreundlicheren Lebensmittelhandel, der das Wohl von Mensch und Tier respektiert.

# Engagement der Migros für mehr Tierwohl

Referat von Bernhard Kammer, Leiter Ökologie & Nachhaltigkeitslabel, Migros-Genossenschafts-Bund, anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

Mit Blick auf die Nachhaltigkeit stehen wir vor folgenden drei grossen Herausforderungen: begrenzte Ressourcen Land und Wasser. Dies vor einem Bevölkerungszuwachs - verbunden mit einem globalen Kaufkraftzuwachs.

Aufgrund dieser Herausforderungen muss ein nachhaltiges System neben einer hohen Ressourceneffizienz auch eine hohe Ökoeffizienz aufweisen: mit möglichst wenig Ressourcen muss es uns gelingen, möglichst viele Nahrungsmittel mit möglichst wenig Emissionen zu produzieren. Diese Überlegungen sollen einfließen, wenn wir Systeme hin zu mehr Nachhaltigkeit entwickeln. Wir betrachten Tierwohl somit nicht per se isoliert, sondern stellen uns immer die Frage, wie der Stand in den übrigen Bereichen der Nachhaltigkeit ist.

Nachhaltigkeit in der Migros befasst sich klassisch mit den drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales – dabei immer mit dem Fokus auf die fünf Stufen der Wertschöpfungskette: Urproduktion, Verarbeitung und Produktion, Transport und Distribution, Vermarktung und Konsum.

Für uns alle auf dieser Wertschöpfungskette sind die Konsumenten entscheidend. Fakt ist, dass heute der Bezug zur Lebensmittelproduktion klein ist – die Konsumenten haben wenig bis keine Kenntnisse von der Produktion. Zudem besteht ein Spannungsfeld zwischen den Erwartungen der Konsumenten und den Wünschen der Stimmbürger. Bei Abstimmungen spielen ethische Überlegungen eine wichtige Rolle, während beim Einkaufen ökonomische Überlegungen oft entscheidend sind. So spricht sich z.B. der Stimmbürger für strengere Vorschriften aus, beim Einkaufsverhalten treten aber Preis und Geschmack in den Vordergrund.

In diesem Spannungsfeld müssen wir als Migros auch die ökologischen Leistungen von Systemen und Programmen kennen. Mithilfe der Forschung – z.B. Agroscope – analysieren wir z.B. die Umweltwirkungen von Produkten während der Wertschöpfungsketten. So quantifiziert die Ökobilanz den Ressourceneinsatz (Energie, Wasser, Phosphor...) pro kg Produkt als auch die Emissionen an die Umwelt: z.B. CO<sub>2</sub> in Luft, Einfluss von N- P-Überschüssen, sowie Pflanzenschutzmittel in Boden und Wasser. Wir haben diese Untersuchungen für verschiedene tierische Produkte gemacht. Bei Pouletfleisch haben wir z.B. das Programm Optigal (BTS), mit Optigal (BTS) plus Donau Soja, BTS+RAUS (Freilandhaltung) und Bio (Bio Suisse) verglichen. Dabei zeigt sich, dass Optigal plus Donau Soja aufgrund der Herkunft der Soja aus Italien das klimafreundlichste aller untersuchten Programme ist. Entsprechend haben wir den umsatzmässig wichtigsten Teil des Sortiments auf diese Variante 'Optigal (BTS) plus Donau Soja' umgestellt.

Die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit und des Tierwohls gelingt nur in Zusammenarbeit mit Partnern. So z.B. den bäuerlichen Organisationen wie IP-SUISSE, Bio Suisse als auch Forschungsanstalten, welche das notwendige Fachwissen einbringen. Und nicht zuletzt braucht es unabhängige Organisationen wie den Schweizer Tierschutz STS welche mit Expertisen, Begutachtungen und Kontrollen die Programme auf Glaubwürdigkeit untersuchen.

Mit diesem Vorgehen hat die Migros im Schweizer Detailhandel Pionierleistungen wie das Verbot der Käfighaltung für Legehennen, Fütterung der Kälber mit Vollmilch und Heu, Schweizer Tierschutz-Vorgaben auch für tierische Import-Produkte, Schaleneier nur noch aus Freilandhaltung und Milch nur noch gemäss Nachhaltigkeitsprogramm initiiert und durchgesetzt.

Vor dem Spannungsfeld zwischen Erwartungen der Konsumenten und Wünsche der Stimmbürger nehmen wir folgende zentrale Punkte mit: wir müssen zusammen sicherstellen, dass Transparenz und Glaubwürdigkeit auf den Wertschöpfungsketten herrscht. Wir müssen Nachhaltigkeitslabel und Programme mit Partnern ständig weiterentwickeln und dabei den Fokus auf den Impact legen – neben dem Tierwohl also auch die anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit.



# Tierwohl versus Konsumentenbedürfnisse – Widerspruch oder Einigkeit?

Referat von Roland Frefel, Leiter, Leiter CM Frischprodukte, Coop, anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

Um es gleich vorweg zu nehmen, selbstverständlich ist das überhaupt kein Widerspruch, im Gegenteil.

Dass dem so ist, hat Coop schon seit vielen Jahren erkannt und das ist letztendlich auch der Treiber hinter dem aussergewöhnlichen Engagement von Coop in diesem Thema.

Unser Ziel ist es nicht, bei möglichst vielen Rankings oder Awards an der Spitze zu sein, aber es tut halt trotzdem gut, wenn man sieht, dass das Engagement auch in Fachkreisen wahrgenommen und honoriert wird.

Wir kümmern uns nicht erst seit gestern ums Tierwohl – bereits 1978, also vor 40 Jahren, hatten wir Fleisch von Tieren aus Mutterkuhhaltung im Sortiment.

Oder die Produkte aus Gänse- und Entenstopfleber, die haben wir vor rund 20 Jahren schon aus dem Sortiment genommen und damit auf Umsätze in der Höhe von mehreren Millionen verzichtet, dies galt übrigens auch für Froschschenkel und Schildkrötensuppe. In einer Zeit, wo diese sog. Delikatessen noch in jedem Sterne-Restaurant auf der Speisekarte waren.

Die Liste der Tierwohlprojekte und –Massnahmen ist beinahe endloslang, auch aktuell umfasst sie rund 40 Projekte, viele davon im Bereich von Fleisch, aber auch Fisch, Eier und Milchprodukte.

Wie erwähnt, ist das Thema Tierwohl ein echtes Kundenbedürfnis, dazu zwei Studienergebnisse.

Das Thema hier ist also weniger, ob die Konsumenten möglichst viel Tierwohl wünschen, sondern vielmehr, wie hoch ist die Bereitschaft, dafür auch etwas mehr zu bezahlen.

Auf den folgenden Charts möchte ich ihnen aufzeigen, wie die Kundenbedürfnisse etwas konkreter aussehen und was wir als Coop in diesen Bereichen anbieten können.

## **Schlussfolgerung:**

Tierische Produkte sind heute und auch in Zukunft ein Bestandteil der menschlichen Ernährung. Als Lebensmittel-Grossverteiler haben wir die Verantwortung, dass die Produktion und Verarbeitung aller Lebensmittel, also auch der tierischen Produkte, nachhaltig und ressourcenschonend erfolgt. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft konsequent für das Thema Tierwohl einsetzen.

# Tierwohlfleisch in der Gastronomie am Beispiel von SV Schweiz

Referat von Patrick Camele, CEO der SV Group, anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

Als Schweizer Marktführerin betreiben wir Mensen in Universitäten und Schulen sowie Mitarbeiterrestaurants. So kochen wir in der ETH Zürich, in der Universität Basel oder in der FHNW in Brugg-Windisch. Zu unseren Kunden zählen aber auch rund 250 Firmen und Unternehmungen, von der ABB bis zur Zürich Versicherung. Hinzu kommen unsere öffentlichen Restaurants, etwa die SPIGA Ristorante oder das Restaurant Güterhof in Schaffhausen. Zudem sind wir Hoteliers – mit besten Citylagen für Geschäfts- und Städtereisende. Insgesamt führen wir rund 320 Betriebe in der ganzen Schweiz - und das mit 5'700 Mitarbeitenden.

Immer mehr unserer Gäste achten auf die Zusammensetzung und Herkunft ihres Essens. Aber auch unsere Kunden, die uns mit der Betriebsführung ihrer Mensen oder Mitarbeiterrestaurants beauftragen, legen zunehmend Wert auf ausgewogene Mahlzeiten aus nachhaltiger Produktion. Wir erkannten das schon früh und reagierten entsprechend. Mit einer Positionierung, die ein wertvolles Essen in vier Eigenschaften beschreibt: frisch, gesund, nachhaltig und inspirierend – verdichtet im Begriff **«gluschtig», den wir als Grundvoraussetzung betrachten.**

**Eine nachhaltige Betriebsführung – und das vom Einkauf bis zur Entsorgung – ist für die SV Group seit je her ein zentrales Element der Strategie. Bereits zu Beginn der 90er-Jahre richteten wir eine Umwelfachstelle ein, als erstes Catering-Unternehmen der Schweiz. Mit aller Konsequenz entwickelten wir unser Umweltengagement weiter: 2006 war das gesamte Unternehmen nach ISO 14001 zertifiziert. Zudem setzten wir auf eine effiziente und ökologische Logistik.**

**Umso ernüchternder** war für uns das Resultat einer 2012 in Auftrag gegebenen Analyse zu unserem CO<sub>2</sub>-Fussabdruck. Zu unserer Überraschung belasteten wir das Klima in erster Linie nicht durch die Logistik und nicht durch das Kochen, wie wir angenommen hatten, sondern durch den Warenkorb. Zwar konnten wir die Klimabelastung in der Logistik um 30% reduzieren, doch achtmal mehr CO<sub>2</sub> als alle Transporte verursachte die Produktion der Lebensmittel. Was das hiess? Wenn wir unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen wirklich reduzieren wollen, reicht eine effiziente Logistik längst nicht aus. Gefragt war also klimafreundliches Essen. Doch auf das mussten wir bei unseren Gästen erst noch die Lust wecken. So entwickelten wir 2015 mit dem WWF Schweiz das Klimaschutzprogramm ONE TWO WE für eine klimafreundliche Ernährung. Wir lancierten neue kulinarische Konzepte, stellten Menus um und bilden seither unsere Köche im Kochatelier von Rolf Hiltl in der vegetarischen Küche weiter. Zudem setzen wir stark auf regionale Zutaten, zählen auf klimafreundliche Produzenten und reduzieren Flugtransporte auf ein Minimum. Damit machen wir es uns nicht einfach, aber: Die Massnahmen wirken. Ebenso wichtig: Unser Verhalten gibt unseren Mitarbeitenden ein gutes Gefühl, was sie spürbar motiviert. Der Erfolg ist eindrücklich: Nach drei Jahren konnten wir 2016 unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss um fast 10 Prozent senken.

Das Thema ökologische Nachhaltigkeit war nun definitiv in unserem Geschäftsmodell verankert. 2016 eröffnete sich ein neues Aufgabenfeld: Wir hatten grossen Handlungsbedarf in Bezug auf Produkte aus tierfreundlicher Haltung. In den Vordergrund rückte eine zentrale Einsicht: Wenn wir mit tierischen Produkten Geld verdienen, haben wir gegenüber Tieren eine ethische Verpflichtung. Diese Verpflichtung müssen und wollen wir mit allen unseren Möglichkeiten wahrnehmen. Ein erster Schritt war unsere Entscheidung, keine Tierqual-Produkte mehr anzubieten. Stopfleber, Hummer, Froschschenkel und Produkte von Tieren, die mit Hormonen oder Antibio-

tika behandelt werden – das alles verbannten wir seit März 2016 aus unseren Restaurants und Hotels.

Im Detailhandel sind tierfreundliche Produkte bereits weit verbreitet. In der Gastronomie hingegen wurde das Thema artgerechte Tierhaltung bislang kaum beachtet. Auch uns war lange Zeit nicht bewusst, dass Schweizer Fleisch nicht automatisch aus Tierwohlhaltung stammt. Als wir das erkannten, war für uns klar: Das müssen wir ändern. Bestärkt hat uns auch unsere Umfrage<sup>1</sup> von 2016, die interessante Resultate offenlegte:

- 31% der Personen denken, dass sie in Zukunft weniger Fleisch essen werden
- 52% sind der Meinung, dass betreffend Tierschutz in der Gastronomie zu wenig oder eher zu wenig getan wird
- 46% der Personen wünschen beim auswärts Essen mehr Informationen betreffend Tierschutz
- Für 75% der Gäste kommt ein Mehrpreis für Tierwohl in Frage
- Am meisten Potenzial für Verbesserungen des Tierwohls sehen die Konsumenten beim Geflügel (53%), gefolgt vom Schwein (18%)

Im August 2016 unterzeichneten wir mit dem Schweizer Tierschutz eine strategische Partnerschaft. Dies war ein wichtiger Schritt, denn wir haben unsere Nachhaltigkeitsstrategie stets so angelegt, dass wir mit erfahrenen Partnern wirksame Veränderungen und Verbesserungen herbeiführen können.

Unser gemeinsam mit dem Schweizer Tierschutz definierte Ziel fordert uns heraus: Bis Ende 2019 wollen wir unseren Anteil an Fleischprodukten aus Tierwohlhaltung auf 80% erhöhen. Die zentralen Begriffe dazu lauten BTS und RAUS. BTS steht für «Besonders tierfreundliche Stallhaltung» mit Kriterien für mehr Platz und eingestreute Liegeflächen. RAUS steht für «Regelmässiger Auslauf im Freien».

Wir sind im Fahrplan. Bis heute, das heisst Juni 2018, stammen bereits 55% unserer Fleischwaren aus tierfreundlicher Haltung. Bis Ende Jahr wollen wir den Anteil auf 65% und bis Ende 2019 auf die anvisierten 80% erhöhen. Bei Eiern, Eiprodukten und den 1,3 Millionen Litern Wiesenmilch ist das Ziel bereits erreicht. Alle Eier und Eiprodukte, die wir in unseren Betrieben verwenden und verkaufen, sind zu 100% Schweizer Freiland Eier. Und in allen SV Restaurants bieten wir nur für uns produzierte Wiesenmilch nach IP-Suisse an.

Wir bereiten täglich rund 100'000 Mahlzeiten zu und verarbeiten dazu cirka 1'000 Tonnen Fleisch. Alleine der Fleischwarenkorb umfasst 700 Produkte. Eine Nachfrage nach derart hohen Mengen Tierwohlfleisch für die Gastronomie gab es bisher noch nie. Wir betraten tatsächlich Neuland. Wir reduzierten die Anzahl unserer Fleischlieferanten, installierten eine zentrale elektronische Bestellplattform für Fleischprodukte und schulten unsere 400 Küchenchefs. Weil der Wechsel zu Tierwohlfleisch grosse Umstellungen in Organisation und Abläufen verursacht, wurde der gesamte Prozess phasenweise auf drei Jahre bis Ende 2019 ausgelegt.

Aufgrund der Planung unseres Logistikern und der Metzger konnten wir die Umstellung bis heute reibungslos durchführen. Zwar kostet uns Fleisch aus tierfreundlicher Haltung einen bestimmten Aufschlag pro Kilogramm. Diese Mehrkosten egalisieren wir jedoch durch eine optimierte Logistik. Der Effekt: Für Kunden und Gäste entsteht kein Preisauflschlag.

---

<sup>1</sup> Konsumentenbefragung durch amPuls Market Research AG vom 8.-12. Juli 2016 mit 500 Privatpersonen im Alter zwischen 18 und 79 Jahren in der Deutschschweiz

Die vielen positiven Reaktionen freuen und motivieren uns, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Schade ist, dass unsere Auftraggeber keinen Anteil an die Mehrkosten für Fleisch aus Tierwohl mittragen wollen. Wir stemmen deshalb die Kosten für dieses Angebot vollumfänglich allein.

Um die Gäste über die Umstellung auf Tierwohl-Fleisch zu informieren, haben wir eine neue Gästekommunikation konzipiert, die in allen Betrieben lanciert worden ist. Stelen mit witzigen, wie aus Papier gerissenen Sujets und Begleittexte machen das Thema schmackhaft. Zudem greifen Schweizer Kulturschaffende wie Max Küng oder Lara Stoll in Kurzgeschichten verschiedene Themen auf. Damit vermitteln sie auf unterhaltsame Weise Wissenswertes rund um das Thema Nachhaltigkeit. Ein Problem ist, dass die meisten unserer Gäste die Begriffe BTS und RAUS nicht kennen. Während dieses Fleisch bei Migros unter dem Label «TerraSuisse» und bei Coop unter «Naturafarm» verkauft wird, sind BTS und RAUS praktisch unbekannt. Hilfreich wäre, wenn gesamtschweizerisch für alle Anbieter ein neutrales Label lanciert würde.

Das würde sich lohnen. Denn es gibt nur eines, das noch besser ist als der Genuss eines guten Essens: Der Genuss mit gutem Gewissen.

#### **Über SV Schweiz**

SV Schweiz gehört zur SV Group, beide mit Sitz in Dübendorf. Sie ist eine innovative Gastronomie- und Hotelmanagement-Gruppe und umfasst die fünf Geschäftsfelder Gemeinschaftsgastronomie, Hotel, öffentliche Gastronomie, Spital- und Heimgastronomie und Eventcatering. Das Unternehmen beschäftigt in Deutschland, Österreich und der Schweiz rund 8500 Mitarbeitende. Unter der Marke SV Restaurant betreibt die SV Group 450 Personalrestaurants und Mensen – und zählt damit zu den führenden Anbietern im DACH-Raum.

SV Hotel ist in Deutschland und der Schweiz Franchisenehmerin des Weltmarktführers Marriott International. Das Unternehmen führt Hotels der Marken Courtyard, Residence Inn, Renaissance und Moxy. Im Portfolio sind zudem zwei kleinere, SV-eigene Hotels in Bern (La Pergola) und in Olten (Amaris).

Die SV Group geht zurück auf die Pionierin Else Züblin-Spiller. 1914 gründete sie den «Schweizer Verband Soldatenwohl», eine Non-Profit-Organisation, die Soldatenstuben mit ausgewogener und preiswerter Verpflegung führte. Die ideellen Werte dieses Gründerverbands werden heute von der SV Stiftung weitergeführt. Die gemeinnützig ausgerichtete Stiftung ist Mehrheitsaktionärin der SV Group und setzt ihre Dividende für Projekte im Bereich der gesunden Ernährung und für das Gemeinwohl ein.

[sv-group.ch](http://sv-group.ch), [sv-stiftung.ch](http://sv-stiftung.ch)

## Mit der Agrarpolitik gesunde Nutztiere fördern

Referat von Bernard Belk, Vizedirektor Bundesamt für Landwirtschaft, anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

Gesunde Nutztiere sind eine wichtige Grundlage für eine wirtschaftliche Produktion von Qualitätsprodukten. Die Schweizer Landwirtschaft ist schon lange geprägt davon, dass sich die Tierschutzregelung von jener anderer Länder abhebt. Wenige Beispiele sollen diese Unterschiede verdeutlichen:

- In der Schweiz dürfen höchstens 300 Mastkälber pro Betrieb gehalten werden; andere Länder kennen keine Bestandesobergrenzen und in den USA werden bis zu 30'000 Masttiere auf einem Betrieb gehalten.
- Antimikrobielle Leistungsförderer sind in der Schweiz, wie in der EU, verboten, in anderen Gegenden (z.B. USA) hingegen nicht.
- Die Schweiz hat tiefere Mindestvorschriften für das Platzangebot in Ställen als die EU und Nord- und Südamerika kennen kaum konkrete Mindestvorschriften.

Die Mindestanforderungen des Tierschutzrechts sind die Grundlage für die landwirtschaftlichen Förderprogramme (BTS, RAUS). Mit diesen Programmen, welche eine Tierhaltung fördern, die über die Mindestanforderungen hinausgehen, wird eine gute Grundlage für die Gesundheit der Tiere und damit auch für die Prävention von Tierkrankheiten gelegt. Immer mehr Betriebe erfüllen die Anforderungen der Tierwohlprogramme. Im Jahr 2017 hielten die direktzahlungsberechtigten Betriebe 76 Prozent ihrer Nutztiere (GVE-Durchschnitt) nach den Vorgaben des Programms «regelmässigen Auslauf ins Freie» (RAUS). Überdurchschnittlich ist die Beteiligung bei Tierarten, die sich überwiegend von Gras ernähren, unterdurchschnittlich bei den Monogastriern. Bei diesen Tierarten ist die Auslaufläche ein Teil des Stallsystems. Somit ist die Teilnahme am RAUS-Programm mit Stallneubauten, d.h. mit grösseren Investitionen verbunden.

69 % der Tiere (GVE-Durchschnitt) werden in Stallungen untergebracht, welche die Anforderungen des Tierwohlprogramms «besonders tierfreundlichen Stallhaltungssystemen» (BTS) erfüllen. Im Gegensatz zum Auslaufprogramm sind Pferde und Ziegen beim BTS-Programm unterdurchschnittlich beteiligt, da sich bei diesen Tierarten die Gruppenhaltung bisher ungenügend durchgesetzt hat.

Insgesamt steigen die Beteiligungen in den Programmen kontinuierlich an, was erfreulich ist. Schlussendlich bleibt jedoch der Entscheid über das Produktionssystem und damit das Management der Tierherden in der Verantwortung der Landwirtinnen und Landwirte. Sie sollen im Rahmen der Gesetzgebung Entscheide treffen können, die neben dem Tierwohl die Tiergesundheit im umfassenden Sinne berücksichtigen und zu ihrer betrieblichen Situation passen.

Tiergesundheit im umfassenden Sinne bedeutet die gemeinsame und in sich koordinierte Herangehensweise an die Gesundheit der Nutztiere. Dies im Sinne von „frei sein von Krankheiten“ und deren „Würde/Wohlbefinden“, in Analogie zum Begriff der Humangesundheit, welcher die WHO in ähnlicher Weise definiert. Somit gehören zur Haltung gesunder Nutztiere neben der Tierzucht und besonders tierfreundlicher Haltungssysteme weitere Aspekte dazu. Die Herausforderungen in der Nutztierhaltung sind der Krankheitsdruck, unterschiedliche Sachkenntnisse der Tierhalter sowie die Qualität des Tiermanagements respektive der Betreuung.

In den letzten Jahren haben sich die Ansprüche der Gesellschaft an die Nutztierhaltung verändert. Die reine Leistung des Nutztieres reicht als Merkmal nicht mehr aus. Zusätzliche Eigenschaften wie die Tiergesundheit, die Umweltwirkung oder die Ressourceneffizienz rücken vermehrt in den Vordergrund. Die reine Maximierung der tierischen Leistung entspricht nicht dem Bedürfnis von weiten Teilen unserer Gesellschaft und ist im internationalen Umfeld selten eine gute Strategie für Schweizer Akteure. Die Nutztierzucht muss auf diese Ansprüche reagieren. Wohlergehen und hohe Leistung schliessen sich nicht gegenseitig aus. Nur von gesunden und gut betreuten Tieren können langfristig hohe Leistungen erwartet werden. Die Züchter und Halter von Tieren wissen das und leben dem in den meisten Fällen und aus eigenem Interesse auch nach. Sie stehen zudem in der Verantwortung, die Anforderungen der Tierschutzgesetzgebung einzuhalten. Dazu kommt, dass die kontinuierlichen Entwicklungen in der Land- und Ernährungswirtschaft sowie in deren vor- und nachgelagerten Sektoren den Bund dazu veranlassen haben, die strategischen Stossrichtungen des staatlichen Engagements in der Tierzucht zu überprüfen. Im Jahr 2017 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF in enger Zusammenarbeit mit Branchenexperten aus verschiedenen Ansprüchen an die Tierzucht (inklusive Vertretern des Tierschutzes) eine „Strategie Tierzucht 2030“ ausgearbeitet. In dieser Strategie wird der Tiergesundheit im weiteren Sinn bei der Zucht von Nutztieren ein hoher Stellenwert beigemessen, auch betreffend die monetäre Unterstützung von züchterischen Massnahmen durch den Bund. Mit der Strategie sind folgende Handlungsfelder festgelegt worden:

1. eine auf marktgerechte Nahrungsmittelproduktion ausgerichtete Zucht;
2. eine auf die Erhaltung tiergenetischer Ressourcen ausgerichtete Zucht;
3. eine auf Vitalität im ländlichen Raum ausgerichtete Zucht.

Gesunde Tiere sind brauchen keine Arzneimittel. Die Förderung der Tiergesundheit durch Landwirtinnen und Landwirte sowie Tierärztinnen und Tierärzte stellt ein Paradigmenwechsel dar und legt den Fokus auf die Prävention. Bei der Förderung der Tiergesundheit sind die Aspekte der Genetik, Haltung, Fütterung, Hygiene und das Management einzubeziehen. Diese Aspekte müssen in ganzheitlichen Gesundheitsprogrammen angegangen werden. Im Rahmen des Ressourcenprogramms und mit Forschungsbeiträgen unterstützt der Bund Projekte mit dehnen Erfahrungen zur Anwendung von Gesundheitsprogrammen auf Betrieben gesammelt werden. Mit der Agrarpolitik 2022+ soll dieser Paradigmenwechsel auf Gesetzesstufe abgebildet werden. Zudem soll vorgeschlagen werden, die Förderung von Gesundheitsprogrammen zu verstärken.

# Die wachsende Versorgung des City-State Schweiz im Konflikt mit Umwelt, Tier und Konsument

Referat von Hans Bieri, Geschäftsführer, Schweiz. Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL), anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

*Der Konflikt:*

*Die Tiere sind unsere Lebensbegleiter in einer gemeinsamen endlichen Lebenswelt. Wenn deshalb die Tiere ganz im Gegensatz zu uns Menschen auf ein reines Warendasein reduziert werden, mündet dies in den bereits existierenden Konflikt zwischen Lebensraum und Wirtschaftsraum, **zwischen der endlichen Lebensgrundlage und der wachsenden Warenwirtschaft. Unter dem Wachstumszwang weichen die Lebensprozesse selbst immer mehr einer globalen Arbeitsteilung. Denn die Warenwirtschaft will wachsen und sie versucht, alle Lebenswelt zur Ware zu machen. Die wachsende internationale Arbeitsteilung ändert nichts daran, dass dabei die Lebenswelt nicht wachsen kann.***

*Dabei wird der Stoffwechsel der angestammten Lebensräume mit der eigenen Naturgrundlage gesprengt zu Gunsten einer globalräumlichen Arbeitsteilung, nicht auf der Basis des gegenseitigen Vorteils der natürlichen Gleichheit aller Lebensräume und Länder — Stichwort Ernährungssouveränität — sondern nach dem globalen Zentrum-Peripherie-Modell kolonialer Prägung. Das Zentrum bezieht die Waren zunehmend aus der billigeren Peripherie, wohin sie die Warenproduktion ausgelagert hat und wo sie im Gegenzug Ökosystemleistungen auf Kosten der Peripherie beansprucht, um die Schadenswirkungen der Warenwirtschaft in den Zentren zu ‚ökologisieren‘. In den Zentren weicht das bisherige fordistisch geprägte Versorgungsmodell der sogenannten „creative economy“ der „Gesellschaft der Singularitäten“, gemäss einem Begriff aus der Kulturosoziologie, wo Güter und Dienstleistungen über Labels und Marken bereits sakralen Status aufweisen und den sich global herausbildenden kaufkräftigen Mittelstand als Markt mit Wachstumspotential bedienen.*

*Obwohl dadurch der Grundkonflikt zwischen Wachstumswirtschaft und Naturgrundlage nicht gelöst ist, wird diese wachstumswirtschaftliche Kolonisierung der Peripherie weit in Umweltschutzkreise hinein als Win-win-Situation verkauft, als ein „Mehr an Ökologie“ durch die Nutzung eines quasi komparativen Ökosystemleistungsvorteils. Dieser besteht darin, die umweltbelastende Warenproduktion in die billigere ökonomische Peripherie zu verschieben und in den Zentren Information, Kreativität zur Produktion von Gütern und deren Wertschätzung in der Gesellschaft als Absatzbedingung gleich mitzuliefern. Mit Stichworten wie „intelligente, clevere und smarte Lösungen“ wird der dringend zu lösende Nachhaltigkeitskonflikt übertüncht.*

*Die Tiere in unserer Nähe sind wichtige Verbündete in der notwendigen Rekultivierung unserer Lebensräume. Global ist die Gleichheit und die Souveränität aller Lebensräume. Lebensräume dürfen nicht einer globalen Teilung Zentrum-Peripherie unterworfen werden. Das Problem sehe ich deshalb nicht primär bei einem aktuell festgestellten Phosphor- oder Ammoniak-Überhang, sondern bei der Ursache einer völlig übertriebenen Agglomerierung des Lebens in der global herrschenden Wachstumswirtschaft.*

## 1. Die Wachstumswirtschaft und der City-State

Was ein Lebensraum ist, wird kaum mehr verstanden. Die Bürger der Aufklärung haben den Feudalismus auf der praktischen Ebene des Eigentums und der wirtschaftlichen Macht besiegt — jedoch ohne je verstanden zu haben, dass die arbeitsteilige Volkswirtschaft als Ganzes gesiegt

hat. Immer noch werden Produktion und Konsum vom Profit beherrscht anstatt vom Bedarf der arbeitsteiligen Gesellschaft, die ja längst für sich selbst aufkommt.

Heute ersetzen Digitalisierung und Emanzipation durch Konsum eine Institution des bürgerlichen Nationalstaates nach der anderen. Die Agenda der europapolitischen Handelskammer der USA lautet so: 1. TTIP, 2. Smart Citys und 3. digitaler Gemeinschaftsmarkt.

Die Verteilung der gesellschaftlich erwirtschafteten Errungenschaften wurde immer nur unter dem Blickwinkel des Profits und des gierigen Wachstums begriffen. Die durch die Wachstumswirtschaft geprägten Konsumgesellschaften sind deshalb taub gegenüber diesem aktuellen Prozess der weiteren Profitsteigerung durch Entgrenzung der Nationalstaaten und Abbau des Volksvermögens durch global tätige Firmen (TTIP), bis sie im transatlantischen Feudalstaat angelsächsischer Prägung aufwachen.

*Denn*, um die riesigen Geldvermögen der US-Ost- und Westküste und anderer weniger reichen Zonen der Erde zu bedienen, braucht es wirtschaftliches Wachstum. Unter wirtschaftlichem Wachstum ist ein Mehr gemeint, das ständig dem schon Bestehenden zugefügt wird. Dieses wirtschaftliche Wachstum beruht zwingend auf physischen Investitionen und deren ständiger Ausdehnung in einer endlichen Welt. Die Vermögensbildung beruht auf diesem Vorgang, sich mit Geldschöpfung aus dem Nichts gratis an der Natur zu bedienen.

Diese Ausdehnung der physischen Investitionen vollzieht sich vorwiegend über das Siedlungswachstum, den Bau und die zugehörigen Infrastrukturen, welche durch die lebenden Menschen betrieben werden.

Dazu werden die Rohstoffe, die Baustoffe und die Energie aus der Natur entnommen und auf der Erdoberfläche zusammengesetzt, verbraucht und dann in sog. Dissipationssenken u.a. auch in der Lufthülle endgelagert. Die Beschleunigung des Abbaus der endlichen Vorräte täuscht ihre Unerschöpflichkeit vor. Doch die Endlagerungsmöglichkeiten sind ohne Zweifel endlich.

Als Teil dieses Wachstumsprozesses werden die Menschen aus ihren dezentralen Lebenswelten, wo sie ohne viel Naturstoffe zu verbrauchen in einfacheren Stoffkreisläufen bzw. unentgeltlich erneuerbaren Ökosystemleistungen eingebettet waren, herausgelöst und in den neuen aufwendigen und Natur verschleissenden Warenkreislauf in wachsenden Megacities konzentriert und eingebunden.

Unseren Nutztieren und engeren Lebensbegleitern, Teil unserer Lebensumwelt, geht es ähnlich. Sie sind unsere Leidensgenossen in einer zum reinen Warenumschlagplatz umgeformten und verdinglichten Lebenswelt.

Die endliche Bodengrundlage und wie wir uns im Raum organisieren, steht deshalb im Zentrum. Alles Leben und Konsumieren hängt davon ab.

## **2. Wachstumszwang, die herrschende Konfliktsituation**

Die geldlichen Vermögen können nur wachsen in der Ausdehnung dieser stofflichen Welt durch Arbeit, Stoff- und Energieeinsatz. Die Rationalisierung allein, also die Verbesserung der Arbeitsorganisation, sodass der Stoffdurchsatz und die Arbeitszeit bei konstantem Güterausstoss gesenkt werden können, müsste sich in sinkenden Preisen ausdrücken, was die Vermögensbildung und die Bedienung der Vermögen mit immer weiter wachsenden Gelderträgen verhindern würde. Deshalb ist die Rekultivierung unseres Lebensraumes, indem der Stoffdurchsatz unter Beibehaltung der erreichten Versorgungsqualität gesenkt und die



Wachstumsspirale reduziert wird, aus Sicht der Investoren, Vermögensverwalter und Kapitaleigentümer nicht gangbar. Denn dadurch käme das Wachstum ins Stocken. Deshalb werden die Möglichkeiten der Senkungen des Aufwandes nur beschränkt genutzt und zweitens wird die Einsparung an Stoffen und Energie, anstatt zur Entlastung der Naturgrundlage, zur Erweiterung der Produktions- und Verbrauchskreisläufe genutzt. (Rebound-Effekt)

### **Die besondere Situation der Schweiz**

Hat eine Volkswirtschaft wenig natürliche Ressourcen, muss sie sich diese durch den Export von Leistungen eintauschen. Die Schweiz als rohstoffarmes Land war früh dazu gezwungen, mit Geist und Arbeit die beschränkte natürliche Produktivität der Naturgrundlage auszugleichen. Damit kam Geld ins Land, die Grundstückspreise und die Löhne stiegen, auch die Produkte der Landwirtschaft wurden dabei teurer und durch den billigeren Import ersetzt.

Die Ernährungskrise in der Schweiz von 1918 zeigte jedoch, dass die Lebensmittel nicht einfach Konsumgüter, sondern zwingender Teil des Stoffwechsels des eigenen Lebensraumes sind. Als Folge der Krisen und kriegsbedingten Hungerjahre wurde in allen Ländern die einheimische Lebensmittelproduktion von der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung ausgenommen. Die einheimische Landwirtschaft wurde wieder aufgebaut, die Preise wurden subventioniert und mit Zöllen geschützt.

Die Industrialisierung hat sich mit diesem Grenzschutz für die Landwirtschaft ohne Schaden entwickelt. Das im Export verdiente und repatrierte Kapital drängte im Inland in die Löhne, Bodenpreise, Mieten und trug gesamthaft zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten bei. Und je höher dieses Kostenniveau stieg, umso mehr hat es die Unternehmen zu den innovationsreichen Exportstrategien gezwungen, um trotz hohen Lohnkosten konkurrenzfähig zu bleiben. Damit erhöhte sich wiederum die repatrierte Kapitalmenge, was schlussendlich eine Art Hamsterrad der City-State-Schweiz in Gang gesetzt hat.

Völlig zu Unrecht bringen die Kritiker des Agrarschutzes diese Entwicklung in den Zusammenhang mit dem Schutz der Landwirtschaft. Vielmehr ist es so, dass Landwirtschaft, Bodenschutz, Flächenschutz und Ernährungssicherheit dieser Entwicklung entgegenstehen.

### **Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland**

Die ganze dadurch angetriebene Immobilien-, Baustoff- und Versorgungswirtschaft löste eine Einwanderung aus, welche die Anleger gegen den politischen Prozess des Masshaltens durchgesetzt haben. Die Einwanderung hängt mit der inländischen Kapitalverwertung eng zusammen. Die „Ankunftscity“ Schweiz hat mit über einem Viertel Ausländer im Gegensatz zu anderen Ländern bisher sehr gut funktioniert. Aber die Schweiz ist ein ressourcenarmes Land. Wenn der Repatriierungsgeldstrom schwächelt, wird das Einkommen fehlen! Dass bereits jetzt die Arbeitsproduktivität wegen dieser binnenwirtschaftlichen Blähung ständig sinkt, bestätigt diesen Zusammenhang. Dadurch wird bereits heute der im Export mit viel Innovation und Einsatz erwirtschaftete Ertrag immer wieder geschmälert. Der Exporterfolg lässt im Inland die Vermögen, die Immobilienpreise und die Löhne wachsen. Das dadurch hohe Kostenniveau zwingt die Exportwirtschaft zu zusätzlichen Innovationen und Rationalisierungen, was die Wirtschaftskraft weiter erhöht hat. Diese Wachstumsspirale bzw. das ‚Hamsterrad‘ aus Exporterfolg und hohem inländischen Kostenumfeld, das wiederum die Wertschöpfung antreibt, hat dazu geführt, dass die Landwirtschaft, welche an begrenzten Boden und Naturkreisläufe gebunden bleibt, bereits weniger als 1% am BIP ausmacht. Dies zeigt nicht ein Gebrechen der Landwirtschaft, sondern die enorme Entwicklung der Gesamtwirtschaft am Standort Schweiz, die zur Verdrängung der Landwirtschaft führt.

Will man unter den geschilderten Umständen des hohen inländischen Kostenumfeldes eine eigene Landwirtschaft beibehalten, dann geht es nicht ohne Grenzschutz.

Dazu kommt, dass in allen wirtschaftlich entwickelten Ländern der Welt die Landwirtschaft einkommensmässig gegenüber der übrigen Wirtschaft verliert und auf Einkommensstützung angewiesen ist.

Seit der Uruguay-Runde soll der Agrarschutz substantiell reduziert werden, da dies global den Wohlstand fördere. Zusätzlich soll der Agrarschutz in der Schweiz stärker reduziert werden, als dies die WTO verlangt. Die Argumente lauten:

1. Die Landwirtschaft sei mit weniger als 1% am BIP zu unbedeutend, um eine Behinderung wertschöpfungskräftigerer Branchen weiterhin rechtfertigen zu können.
2. Die Landwirtschaft belaste im City-State Schweiz die Umwelt. Die Produktion müsse reduziert bzw. extensiviert werden. Dass die Produktion aus Budgetgründen Richtung Milch und Fleisch gelenkt wurde, soll nicht mehr gelten. Das hat bereits in der AP 14-17 dazu geführt, die Direktzahlungen für Rohfuttermittel zu streichen.
3. Die ökologischen Defizite, welche durch die Agglomerierung des City-State ausgelöst werden, werden einseitig der Landwirtschaft angelastet.
4. Für das hohe Kosten- und Lohnniveau der Schweiz wird der landwirtschaftliche Grenzschutz verantwortlich gemacht. Die Kosten für den Grenzschutz in Form höherer Nahrungsmittelpreise für die Konsumenten sowie die Direktzahlungen würden das wirtschaftliche Wachstum der gesamten Wirtschaft behindern.

Demgegenüber steht der Volksentscheid für die Ernährungssicherheit mit fast 80% der Stimmen.

**Fazit:** *Die Industrieentwicklung im Kleinstaat Schweiz führt ohne staatlichen Schutz dazu, dass die Landwirtschaft verdrängt wird. Das Städtewachstum und die Einwanderung würden auch ohne jeden Schutz der Landwirtschaft weiterhin auf hohem Niveau verharren und bei der Preisgabe der eigenen Landwirtschaft, der Lockerung des Kulturlandschutzes und dem Verzicht auf die Ernährungssicherheit sogar zunehmen. Das Hamsterrad der Entwicklung zum City-State würde sich beschleunigen.*

*Trotz dieser bereits deutlichen Stresssituation, hervorgerufen durch die Wachstumswirtschaft, wird einzig die Landwirtschaft als Ursache der Übernutzung des Lebensraumes wahrgenommen.*

*Die wachstumswirtschaftliche Entwicklung zum City-State wird politisch mit der Stellvertreterdiskussion Landwirtschaft ersetzt.*

### **3. Die nachhaltige Nutzung der Ressource Boden**

Aktuell behandelt das NFP 68 „Nachhaltige Nutzung der Ressource Boden“ diese Fragen. Und als sogenannte „Treiber“ der Bodennutzung werden im Forschungsprojekt genannt:

- Bevölkerungswachstum
- *Wirtschaftswachstum*
- Klimawandel
- Technischer Fortschritt
- Gesellschaftspolitische Faktoren
- usw.

#### **Historische Bemerkungen zum „Treiber Wachstumswirtschaft“:**

„Die Wachstumswirtschaft hat alle feudalen und idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die Bande, welche die Menschen aneinander knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose

„bare Zahlung“. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlervorbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt und alle menschlichen Verhältnisse auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt.

Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Wachstumswirtschaft über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Bestehende werden durch neue Industrien verdrängt, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.

Die Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Widerstand der unabhängigen Staaten zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Wachstumswirtschaft sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen.

Die Wachstumswirtschaft hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt ... Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert.

In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Verschleisswirtschaft.

Die Produktivkräfte sind zu gewaltig und die angestammten Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.

Wodurch überwindet die Wachstumswirtschaft die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften, andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet **und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.**“

Der hier dargelegte Entwicklungsprozess erweitert einerseits unsere Lebensgrundlage und macht die Gesellschaft freier, aber verursacht auch Krisen und gravierende Schadensentwicklungen, **deren Ursachen behoben werden müssen.**

Das heisst, es genügt nicht, die „Wachstumswirtschaft“ als „Treiber“ in eine Blackbox zu fassen, ohne ihre Wirkungsweise offenzulegen.

Aktuell wird lediglich danach gefragt, wie die Wachstumswirtschaft in ihrer Agglomerationsbildung eingegrenzt und reguliert werden kann. Die ökonomischen Ursachen der Belastung der Lebensräume werden nicht aufgelöst.

Das NFP 68<sup>1</sup> schlägt vor, die Nutzung der Ressourcen mit Modellen zu erfassen und „regulatorisch“ zu steuern. Die bisherigen Bodenpreise, bzw. das Bodenrecht, wodurch die Bodennutzung bestimmt wurde, werden ergänzt bzw. ersetzt durch eine komplexe Kartierung der vielfältigen Bodeneigenschaften mit einem Punktesystem, das alle Ökosystemleistungen abbildet. Dies soll durch eine flächendeckende Kartierung der Böden mit ihren komplexen ökologischen Funktionen erfolgen. Diese Bodenpunktzahlen dienen dazu, eine regulatorische Bepreisung des Bodens einzuführen, die den klassischen Immobilienpreisen überlagert wird. Dadurch soll der Verbrauch wertvoller Flächen (zusätzlich zum Bodenpreis) durch hohe Abgaben eingeschränkt bzw. in die Richtung der erwünschten Nutzung gelenkt werden. Abschliessend wird mit der Zuteilung von Flächenverbrauchskontingenten, welche anfänglich noch einen gewissen Verbrauchspuffer enthalten, das Siedlungswachstum absolut begrenzt. Das geschieht dadurch, dass im Laufe der Jahre die Abgaben für die Bodenversiegelung immer weiter angehoben werden, bis das Siedlungswachstum nach dieser Vorstellung zum Stillstand kommt.

„Verdichten, anstatt jammern“ sagt dazu die Avenir Suisse und tatsächlich liegt dieser Art von Ressourcenplanung letztlich der gleiche Ansatz zu Grunde, der bei der Tierhaltung die „ressourcensparenden“ Haltungsformen bestimmt hat.

Welches sind die Folgen einer solchen regulatorischen Bodenpolitik auf die Wirtschaft, die Grundeigentümer, die Mieter? Wie wird sich das Bodeneigentum verändern, im Baugebiet und im Landwirtschaftsgebiet? Welches sind die Folgen der Verdichtung der Siedlungsgebiete? Wird sich der Agglomerationsdruck dadurch in Zukunft noch verschärfen?

Wohin fliessen die regulatorischen Abgaben auf Bodenbedarf? Wenn die Wachstumswirtschaft die ihr eigene ständige materielle Ausdehnung braucht, wie weicht sie den Einschränkungen aus? Wo sucht sie Ersatz?

Die Bildung und Versorgung von Mega-Cities ist ökologisch, ökonomisch und kulturell Verschleisswirtschaft. Die Agglomerierung ergibt sich jedoch zwingend aus einer Wachstumsökonomie, welche auf Rohstoffausbeutung beruht und folglich zu hochkonzentrierten Zentrum-Peripherie-Modellen strebt.

**Sowohl die horizontale Verlagerung des Lebensraumes in die globale Peripherie, wie auch die vertikale Verdichtung des Lebensraumes zum nutzungsoptimierten Areal lösen den Konflikt zwischen der endlichen Lebensgrundlage und dem ständig weiter nachdrängenden Wachstumszwang jedoch nicht.**

**Um die Lebensräume zu erhalten, muss deshalb die Ursache, welche zu ständigem Wachstum zwingt, behoben werden.**

#### **4. Die globale Kolonisation der Lebenswelt**

In seinem Buch «Die neue Völkerwanderung – Arrival City» stellt Doug Saunders<sup>2</sup> eine Reihe von dramatischen Ereignissen zusammen, die uns zeigen, was durch die Rationalität der Wachstumswirtschaft in Zukunft an Lebensraumzerstörungen und Wanderungen noch losgetreten wird.

---

<sup>1</sup> Ressource Boden, Nationales Forschungsprogramm NFP 68

<sup>2</sup> Doug Saunders, Die neue Völkerwanderung, Arrival City, Pantheon, 2013

Die Unterwerfung der Lebenswelt unter einen wachstumswirtschaftlich gesteuerten Stoffwechsel kann an der Nutztierhaltung nachvollzogen werden:

Ehemals hat das Dorf die Schweine in seine engere Lebenswelt und Hauswirtschaft integriert und damit die aufwändige Jagd und die Unsicherheit der Ernährung reduziert.

In diesem Modell stecken ökonomische Organisation, Verstand und Vernunft, wie man auf einer endlichen Naturgrundlage den Lebensraum erweitern kann. Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität wollen im Grunde nichts anderes als ein solches Wirtschaftsverständnis auf die arbeitsteilige Gesellschaft übertragen.

Wo ist dann aber der Punkt, wo das Wirtschaften zum Leiden der Kreatur wird, aus Mangel an Raum, wo Lebensraum unter dem Raubbau der Warenwirtschaft schwindet? Wann wird das Schwein zur Ware, wo es dem lebensweltlichen Kontext völlig entledigt allein dem Kapitalerwerb dient, in einer «Welt» von Produktion, Transport bis zur Zerlegung am Fließband?

Dass das Schwein einen Preis hat, ergibt sich nicht aus dem Gewinnprinzip, ohne das die Menschheit verhungern würde, wie heute behauptet wird, sondern aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang, dass der Halter seinen Aufwand decken muss, um zu seinem Einkommen zu gelangen. Das geschieht seit jeher in allen Gesellschaften, wo jede Tätigkeit bzw. jedes Produkt denjenigen Wert hat, den der Produzent braucht, um das Angebot wiederholen zu können, und andererseits der Konsument aus seinen Leistungen, die er erbringt, seine Bedürfnisse befriedigen kann. In einem solchen gesellschaftlichen Kontext hat das Schwein einen gesellschaftlich begründeten Preis.

Das Schwein wird dann zur Ware, wenn der Produzent nicht mehr für die Nachfrage nach Fleisch produziert, im Vertrauen auf ein real unter den Menschen existierendes Verhältnis, das ihm erlaubt, seinen Aufwand beim Verkauf decken zu können, sondern indem er mit der Aufnahme eines Kredites aus diesem Lebenszyklus ausbricht und nun unter dem Zwang steht, seinen Kredit zurückzahlen zu können. Die Fleischproduktion hat jetzt die Aufgabe, den Kredit zu bedienen. Und um das zu ermöglichen, also Kredite und Kapitalgewinn zu bedienen, was vorher nicht zur Diskussion stand, muss die Produktion unter Zwang «verdichtet» werden. Die Verdichtung erfolgt räumlich bei der Tierhaltung, beim Transport und bei der Produktionszeit und ihrer Beschleunigung durch die Hilfsstoffe. «Verdichten, nicht jammern!» lautet der moderne Fabrikbefehl, den die Avenir Suisse inzwischen auch für die menschlichen Siedlungen fordert.

«Verdichten» als Organisationsprinzip verdrängt die Lebenswelt aus Dorf, Stadt und Land weg aus dem wachsenden City-State in die globale Peripherie.

„In seinem Bericht zum Postulat Bertschy 2016 hat der Bundesrat jedoch feststellen müssen, dass sich heute die Landwirtschaft ausserhalb dieser naturgegebenen Grenzen bewegt. Die Umweltziele sind bei weitem nicht erreicht – zwar sind kleine Fortschritte erzielt worden. Insbesondere besteht grosser Handlungsbedarf in den Schlüsselbereichen Biodiversität, Ammoniak, Pflanzenschutzmitteln und Boden.

... Die Emissionen (NOx) durch die Industrie und den Verkehr haben in der gleichen Zeit jedoch kontinuierlich abgenommen. Aufgrund der gesetzlichen Filterpflicht seit über 30 Jahren und ohne Subventionen der öffentlichen Hand sind die Reduktionen bei Industrie und Verkehr gelungen. Und: dieser Absenkpfad schreitet kontinuierlich fort. Im Gegensatz dazu stagnieren die Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft seit bald 20 Jahren.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Referat von Franziska Schwarz, Vizedirektorin des BAFU, vom 4. April 2018 an der Delegiertenversammlung des Zürcher Bauernverbandes in Bonstetten

Dieses Zitat dokumentiert anschaulich, die Logik des Zentrum-Peripherie-Modelles der herrschenden Wachstumswirtschaft. Wie erwähnt, lagern die Zentren die umweltbelastende Produktion in die Peripherie aus und agieren invers polar als Gravitationszentren der Digitalisierung, der sauberen Dienstleistungen etc.. Dass die Emissionen aus Ressourcengewinnung und Produktion dabei sinken, ist die logische Folge dieser räumlichen Segregation. Dieser Vorgang ist nichts anderes als wesenseigener Teil des Agglomerationsprozesses selbst und nicht die Lösung zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Demgegenüber wird Landwirtschaft in den Verdichtungsgebieten, die ja nichts anderes als die Agglomeration der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, als besonders umweltschädigend wahrgenommen und die Reduktion der Tierhaltung gefordert — auch bei sinkendem Fleischkonsum. Die Agglomeration der Bevölkerung in wachsenden Megacities mit dem zugehörigen Ressourcenverschleiss auf Kosten der globalen Peripherie bleibt bei dieser Betrachtungsweise ausgespart.

Ebenso ist der Rückzug der Landwirtschaft in die Nische oder sind Markenstrategien, welche das Umweltthema als Alleinstellungsmerkmal nutzen, logischer Ausdruck dieses laufenden Agglomerationsprozesses.

Deshalb müssen wir die ökologischen Konflikte zum Anlass nehmen, die Ursachen anzugehen. Das Plädoyer für die Extensivierung der Landwirtschaft ist deshalb keine Lösung, sondern dient aktiv dem Zentrums-Peripherie-Modell zu.

**Also müssen wir nicht Ställe verbieten, weil sie die FFF verkleinern oder weil sie mit importierten Futtermitteln betrieben werden. Vielmehr müssen wir die Wachstumswirtschaft reformieren, damit der Zwang zur Verdichtung in Megacities entfällt. Dann können nämlich auch die Tiere unsere Lebensbegleiter bleiben und die gestörten Ökosystemleistungen kommen danach von selbst wieder ins Lot.**

***Die Verdrängung der Tiere aus unserer Lebenswelt ist ja nur eine Folge der rein warenwirtschaftlich weiterlaufenden Agglomeration und Metropolisierung unserer Lebensräume. Eine wirtschaftspolitische Reform ist nur möglich, wenn dieser globale Zusammenhang erkannt wird.***

# Mehr Tierwohl mit weniger Grenzschutz?

Referat von Christof Dietler, Geschäftsführer Agrarallianz, anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

Eine Vision und eine These sind Grundlage für meine Ausführungen:

## **Vision**

*Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft erbringt mit vielfältigen Betrieben und in fairer Zusammenarbeit Leistungen und Produkte von hoher Qualität. Sie ist als Nachhaltigkeits-Leaderin anerkannt und behauptet ihre Stellung auf attraktiven Märkten im In- und Ausland.*

## **These**

*Natur, Umwelt und Tierwohl können durch offenere Grenzen gewinnen. Mit einem tieferen Grenzschutz bleiben alle Instrumente der Agrarpolitik weiter bestehen. Sie gewinnen gar an Gestaltungskraft und Bedeutung.*

Vision und These sind von der Agrarallianz im Papier Agro Forte 2022+ so beschlossen worden. Zur Agrarallianz gehören 19 Organisationen zwischen Heu- und Essgabel. Der STS gehört auch dazu. An dieser Tagung heute möchte ich die Fragen wiederholen, die die Agrarallianz im Zusammenhang mit der Mercosur-Diskussion (Gipfel mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann; Reise in die vier Staaten mit der Delegation) gestellt hat: *Gibt es einen selbstbestimmten Weg der Branche, auch mit weniger Grenzschutz? Bekommen die Schweizer Stimmbürger, Konsumenten und Bauern die Landwirtschaft, die sie wollen, auch wenn Zölle eine kleinere Rolle spielen?*

Wir müssen diese Fragen mit Ja beantworten können, wenn wir die Arbeit gut machen. Für Ihre Ohren hier wichtig: Tiefere Zölle sind kein Selbstzweck. Mit etwas höherem Importdruck müssen wir aber in der vernetzten Welt aber rechnen. Das muss nicht einfach Schicksal sein. Also gilt es diesen Weg selbstbestimmt so zu gestalten, dass das Tierwohl hier wie im Ausland profitiert.

Begründungen mit Bezug Mercosur, warum das keine Utopie sein muss:

1. Es liegt an den Importeuren zu definieren, welche Anforderungen die Produkte zu erfüllen haben. Haltung, Fütterung, Gesundheit, Rückverfolgbarkeit, Schlachtung kann von der Wertschöpfungskette beeinflusst werden.
2. Bauern in den Mercosur-Staaten profitieren, indem sie bei einem allfälligen Abkommen mit der EU und/oder der Efta mehr auf Märkte liefern können, wo Tierwohl-Mehrwerte interessieren und auch bezahlt werden. Heute sind die Länder stark von Exporten in Billig-Märkte (Russland, China etc.) abhängig.
3. Heute wird keine gentechnisch veränderte Soja in die Schweiz importiert. Das Branchen-Abkommen des Vereins Soja Netzwerk Schweiz gewährleistet ein Versprechen von 90% verantwortungsvoll produzierter Soja (keine Rodung) und 100% ohne Gentechnik. In Kürze sollen beide Werte auf 100% steigen und die Herkunft soll europäischer werden.
4. Im Soja-Netzwerk arbeiten Bauernverband, Importeure, Labelorganisationen, Detailhändler zusammen, definieren gemeinsame Werte und Standards. Gleiches ist beim Fleisch und bei der Milch möglich bzw. zumindest teilweise schon aufgegleist.

5. Die grossen Detailhändler setzen auf Schweizer Fleisch. Gemäss einer Untersuchung des Schweizer Tierschutzes aus dem Jahr 2016 beträgt der CH-Anteil bei den Hauptfleischarten Kalb, Rind, Schweiz und Geflügel bei Volg 98 %, bei Migros 94 % und bei Coop 89 %. Importiertes Hormonfleisch wurde laut Erhebung des STS bei Coop, Lidl, Manor, Volg, Aldi und Spar bereits ausgelistet. Coop (nicht bei Schaffleisch aus NZL), Manor und Volg haben zusätzlich AML-Fleisch (nichthormonelle Leistungsförderer, wie Antibiotika) ausgelistet.
6. Der Schweizer Importeur GVFI importiert Rindfleisch aus Südamerika zu 80-90% aus reiner Weidemast.

Niemand hindert uns daran, auch bei tieferem Zollschutz auf die Qualität zu achten. Der Problembär Gastronomie besteht heute schon. Der STS könnte das Mercosur-Abkommen (sofern ein akzeptables Verhandlungsergebnis resultiert) benutzen, um eine Gastro- Qualitäts- Offensive zu lancieren. Für Importe und für Schweizer Fleisch.

**Und die Schweizer Tierhalter?** Zölle sind keine Mittel um auf das Tierwohl Einfluss zu nehmen. Es gibt zig Qualitäts- und Innovationsanstrengungen, Erfolge und fähige Bäuerinnen und Bauern, die mich gerade beim Rindfleisch, aber auch bei der Milch bzw. beim Käse zuversichtlich stimmen. Das heisst nicht, dass negative Aspekte ausgeblendet werden müssen. Positiv vorwärts gehen liegt mir einfach näher als in der Zukunft nur Gefahren zu sehen.



# Warum verlangt Freihandel stets Bauernopfer?

Referat von Prof. Dr. Mathias Binswanger, FH Nordwestschweiz Olten, Fachautor und Privatdozent an der Universität St. Gallen, anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten

Allgemein herrscht heute in der Politik der Tenor, dass sich die Schweizer Bauern dem Markt anpassen müssen und Zölle weitgehend aufgehoben werden sollen. „Nichts führt an einer verstärkten Orientierung am Markt vorbei“, heisst es, denn „die Landwirtschaft darf nicht länger den Abschluss weiterer Freihandelsverträge verhindern.“ Letzteres ist auch der wahre Grund, weshalb Bundesrat Johann Schneider-Ammann stark darauf drängt, den Grenzschutz für die Landwirtschaft aufzuheben. Er möchte in seiner Amtszeit noch weitere Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten sowie Malaysia oder Indonesien abschliessen, und da sind die Bauern ein mühsamer Bremsklotz.

Sowohl Bundesrat Schneider-Ammann als auch viele Kommentatoren verkennen aber völlig, was verstärkte Marktorientierung für die Bauern in der Schweiz tatsächlich heisst: ihren Beruf sofort an den Nagel hängen und sich nach einer neuen Tätigkeit umsehen! Das wird klar, wenn wir uns die Wertschöpfung pro Vollzeitbeschäftigten in der Landwirtschaft anschauen und mit anderen Branchen vergleichen. In der Landwirtschaft beträgt diese Wertschöpfung rund 30'000 Schweizer Franken. In Branchen wie der Pharmaindustrie oder bei Finanzdienstleistungen liegt diese Zahl bei mehr als dem Zehnfachen, also bei über 300'000 Schweizer Franken. Die Landwirtschaft hat von allen Branchen die weitaus geringste Wertschöpfung!

Rein ökonomisch gedacht sollten wir uns in der Schweiz deshalb auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen spezialisieren, wo wir eine hohe Wertschöpfung erzielen. Mit den Exporterlösen aus diesen Produkten importieren wir dann zu niedrigen Preisen Lebensmittel aus Ländern, welche diese billig produzieren können. Und der Rest der Exporterlöse steht uns dann für weiteren Konsum zur Verfügung. Genau das ist die ökonomische Argumentation zugunsten von Freihandel. Man spezialisiert sich auf die Produktion von Gütern, wo man einen komparativen Vorteil hat (z.B. Pharmaprodukte) und verzichtet auf die Produktion von Gütern, wo man einen komparativen Nachteil hat (Agrarprodukte).

Der in Artikel 104 der Bundesverfassung formulierte Auftrag zur Erhaltung der Landwirtschaft war somit von Anfang an ein politischer Entscheid gegen den Markt. Bei Freihandel ist die Schweizerische Landwirtschaft aufgrund der hohen Kosten in der Schweiz und der topographischen Lage nicht konkurrenzfähig. Da können die Schweizer Bauern sich noch so anstrengen, um immer produktiver zu werden. In dieser Hinsicht gleicht die Landwirtschaft der Textilindustrie. Selbst wenn die Schweizer Textilindustrie noch viel produktiver geworden wäre, könnte sie heute niemals mit den Anbietern aus Asien konkurrieren. Marktorientierung bedeutete in diesem Fall die weitgehende Aufgabe der Textilproduktion in der Schweiz und in der Landwirtschaft ist es genauso.

Nun haben wir aber gute Gründe die Landwirtschaft in der Schweiz zu erhalten, welche im Landwirtschaftsartikel der Bundesverfassung stehen. Bauern garantieren die Versorgung mit wichtigen Nahrungsmitteln, deren Produktionsbedingungen wir über unsere Politik selbst bestimmen können. Und sie sorgen für Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die Pflege der Kulturlandschaft und garantieren eine artgerechte Tierhaltung. Doch diese Aufgaben lassen sich nur mit einem gewissen Grenzschutz verwirklichen, sofern man die Direktzahlungen in Form von Versorgungssicherheitsbeiträgen nicht nochmals massiv erhöhen will. Andernfalls werden die wenigen verbleibenden Bauern schnell zu staatlich angestellten Landschaftsgärtnern und Wiesenpfleger, die aber kaum noch Lebensmittel produzieren. Von Versorgungs-

sicherheit kann unter solchen Umständen keine Rede mehr sein! Und auch das Thema des Tierwohls ist dann in der Schweiz erledigt, weil tierische Produkte aus dem Ausland importiert werden.

Doch soweit muss es nicht kommen. Der ganze Zwang, den Grenzschutz für landwirtschaftliche Produkte aufzuheben ist letztlich hausgemacht und wird der Schweiz im Moment von keinem Land aufgezwungen. Freihandelsabkommen brauchen nicht zwingend Bauernopfer: Stattdessen ginge es darum, Abkommen so zu verhandeln, dass auch weiterhin ein funktionierender Grenzschutz für Agrarprodukte möglich ist. Doch dazu braucht es auch einen entsprechenden politischen Willen.

# Mehr Tierwohl in der Landwirtschaft – wer hat's in der Hand?

*Referat von Markus Ritter (es gilt das gesprochene Wort), Präsident Schweizer Bauernverband, anlässlich der 19. Nutztiertagung des Schweizer Tierschutz STS zum Thema „Nutztierschutz zwischen Markt und Politik“ vom 21. Juni 2018 in Olten*

Die Nutztierhaltung ist ein wichtiger Teil der Schweizer Landwirtschaft. Auf zwei Drittel unserer Fläche – zum Beispiel im höheren Jurabogen, den Voralpen und Alpen – wächst ausschliesslich Gras. Für die menschliche Ernährung können wir dieses Land nur über die Haltung von raufutterfressenden Tieren wie Kühen, Schafen oder Ziegen nutzen. Es ist uns Bauern wichtig, dass es unseren Kühen, Schweinen oder Geflügel gut geht, denn nur gesunde Tiere sind auch wirtschaftliche Tiere. Das strenge Schweizer Tierschutzgesetz schützt das Wohlergehen und die Würde unserer Tiere und geniesst international Vorbildcharakter. Keinem Tier darf Schmerz, Leid oder Schaden zugefügt werden. Im Gegensatz zu benachbarten Ländern sind bei uns das Coupieren von Schnäbeln bei Hühnern und der Schwänze bei Schweinen verboten. Das Kastrieren der Ferkel sowie das Enthornen der Kälber dürfen nur nach sachgemässer Betäubung und Schmerzausschaltung durch Fachpersonen erfolgen. Die Batteriehaltung bei den Legehennen ist in unserem Land seit 30 Jahren verboten! Unser Tierschutzgesetz regelt, wie viel Platz jede Tierart im Stall mindestens haben muss, wie viel Auslauf, wie viele Tiere pro Betrieb maximal erlaubt sind oder wie und wie lange sie transportiert werden dürfen.

## Keine Massentierhaltung

Bei Geflügel und Schweinen haben wir vorgeschriebene Höchsttierbestände. Ein Hühnerstall darf maximal 18'000 erwachsene Tiere beherbergen. In Deutschland findet man Betriebe, die 600'000<sup>1</sup> Hühner halten! Bei den Mastschweinen ist die Zahl auf 2000 Tiere, bei Zuchtsauen auf 250 Tiere pro Betrieb begrenzt. Zusätzlich zum Tierschutzgesetz gibt es bei uns staatliche Förderprogramme<sup>2</sup> für noch tierfreundlichere Haltungen wie „Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme (BTS)“ oder „Regelmässiger Auslauf im Freien (RAUS)“. Beim BTS-Programm werden die Tiere in Gruppen gehalten, Rinder bewegen sich in einem Laufstall, unterteilt mit Liege- und Tränkebereich, und erhalten viel Licht sowie frische Einstreu. Im RAUS-Programm können die Tiere selbstständig auf die Weide oder in einen Laufhof. Aktuell leben rund 82 Prozent aller Kühe und Rinder nach RAUS-Standard und 55 Prozent profitieren vom BTS-Programm. Und die Beteiligung wächst jährlich weiter.

## Vergleich mit dem Ausland

In der Schweiz sind die Tiere deutlich besser geschützt als in den Ländern der EU<sup>3</sup>. Ihre Richtlinien auf der anderen Seite sind wiederum strenger als jene in Südamerika oder Asien. Vor allem haben wir in der Schweiz deutlich mehr Bereiche geregelt. Das fängt bei der Ausbildungsanforderung für Tierhalter an, geht über Vorschriften zu Platzbedarf, Einstreu, Auslauf, Lärm, Licht, Fütterung über Vollzug und Kontrolle bis hin zur maximalen Transportzeit.

Mit dem steigenden Wohlstand weltweit steigt der Fleischkonsum. Heute wird global gesehen doppelt so viel Fleisch gegessen als vor 30 Jahren. Vor allem Russland, China und die Südamerikanischen Staaten haben ihre Produktion stark ausgebaut. Tierschutzbestimmungen und ihre Kontrolle gibt es in diesen Ländern nicht. Meist ist – wenn überhaupt – nur die Lebensmittelsicherheit bei der Tiergesundheit und Schlachtung geregelt. Wir Schweizer Bauern tragen

<sup>1</sup> <https://www.bmel-statistik.de/landwirtschaft/tierhaltung/gefluegelhaltung>

<sup>2</sup> Direktzahlungsverordnung 910.13, Art. 72ff, <https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrecht/systematische-sammlung.html>

<sup>3</sup> Faktenblatt der Proviande mit dem Vergleich CH-EU: <https://www.proviande.ch/de/dossiers/haltung-und-fuetterung/weitere-informationen-links-und-downloads-zum-thema.html>

Sorge zu unseren Nutztieren. Unser Tierschutzgesetz ist die Basis dafür, dass alle Tiere auf Schweizer Bauernhöfen von einem guten Grundniveau an Tierwohl profitieren.

### **Darf es ein bisschen mehr sein?**

Doch das gute Grundniveau ist nicht für alle Schweizerinnen und Schweizer ausreichend. So gibt es immer wieder Forderungen wie beispielsweise, dass auch alle Hühner Zugang zu Weide haben oder Schweine zumindest ins Freie gelangen können. Für alle diese Zusatzwünsche gibt es heute Labelangebote. Die Konsumenten können aus zahlreichen Label auswählen, die dem Tierwohl einen noch höheren Stellenwert einräumen: Schweizer Biofleisch, Weide- und Naturabeef oder IP-Suisse um einige Beispiele zu nennen. Mit dem Kaufverhalten im Laden wie im Restaurant entscheiden die Schweizerinnen und Schweizer 1:1 mit, wie hoch unser Tierschutzniveau in der Landwirtschaft ist. Denn das Angebot folgt der Nachfrage. Der Labelanteil beträgt heute je nach Tierkategorie zwischen 15 und 40 Prozent. Über alles betrachtet liegt er bei rund einem Drittel. Es gibt also viel Luft nach oben! Klar ist allerdings auch, dass jede Art zusätzlicher Anforderungen an die Haltung oder Fütterung höhere Kosten mit sich bringt. Maximales Tierwohl und minimale Preise passen nicht zusammen.

Ich bin klar der Meinung, dass es nicht in erster Linie Sache der Politik ist, die Anforderungen im Bereich Tierschutz zu verschärfen. Natürlich können wir mit den Direktzahlungen Anreize setzen und so weiter das Grundniveau optimieren. Das ist insofern wichtig, um unsere weltweite Spitzenposition in Sachen Tierwohl zu verteidigen. Aber je mehr öffentliche Gelder wir in zusätzliche Anforderungen stecken, umso weniger ist es möglich, diese auch in Form von Mehrwert am Markt zu verkaufen. Wir nehmen den Labelprodukten ihre Existenzberechtigung und ihren USP! Ich erwarte von den Konsumentinnen und Konsumenten mehr als Forderungen und Lippenbekenntnisse. Ich erwarte von ihnen auch Taten: Den Kauf von Lebensmitteln von Labelprogrammen mit zusätzlichem Tierwohlanforderungen. So haben Sie es in der Hand auf eine kostendeckende Art und Weise sich für mehr Tierwohl zu sorgen. Alles andere ist nicht nachhaltig und nicht ehrlich.

